

1. Fortsetzung Beratung des Budgets 2023

IPR0206, Verwaltung und Projektierung TSH, Instandsetzungsinvestitionen 2023

Urs Capaul (parteilos): Ich spreche zu IPR0206 auf Seite 94. Im Verpflichtungskredit IPR0206 Instandsetzungsinvestitionen 2023 sind 2.7 Mio. Franken eingestellt. Dieser Betrag setzt sich aus verschiedenen Instandsetzungsarbeiten zusammen, darunter unter anderem auch 250'000 Franken für die Instandsetzung bzw. die Wiederasphaltierung des Standstreifens der H4. Ich stelle Ihnen einen Streichungsantrag über 250'000 Franken. Zur Begründung: Bevor Geld für Unterhaltmassnahmen des Standstreifens gesprochen werden, soll aufgrund der erfolgten Abklassierung zuerst über eine Neuverteilung der Strassenflächen gesprochen werden. Braucht es die Standstreifen noch? Wie werden Sie zukünftig genutzt? Gibt es die Möglichkeit, diese anderen Nutzungen zuzuführen oder können Sie zurückgebaut werden? Gibt es die Möglichkeit einer Verkehrsentflechtung? Solche Chancen sollten genutzt werden. Zudem muss entlang der H4 geprüft werden, wo Wildwechsel möglich sind. Ich verweise auf Kapitel 1.2.6 des kantonalen Richtplans. Im Richtplan werden unter anderem die Wildtierkorridore von überregionaler Bedeutung dargestellt. Die H4 wird vollumfänglich dem Massnahmengebiet von überregionaler Bedeutung zugewiesen. Biobrücken – das wären Alternativen – sind meines Erachtens vermutlich zu teuer. Deshalb braucht es andere Massnahmen, und da bieten diese Arbeiten eine Chance.

Die erneute Asphaltierung wird auch mit der Vorbelastung mit polyaromatischen Kohlenwasserstoffen PAK im Boden begründet. Auf diese Weise würden die Belastungen konserviert. Gemäss Altlastenverordnung sind Flächen dann zu sanieren, falls Sanierungswerte überschritten sind. Wie hoch die PAK-Belastungen effektiv sind, dürfte jedoch nicht bekannt sein. Dazu müssen zuerst die effektiven PAK-Belastungen mittels einer technischen Voruntersuchung ermittelt werden, bevor neu asphaltiert wird. Im Übrigen könnte eine Teilsanierung auch erfolgen, indem das belastete Bodenmaterial mit unbelastetem überdeckt wird. Dies wird dann etwa gemacht, wenn die Prüfwerte zwar überschritten sind, nicht aber die Sanierungswerte. So geschah dies auch in Teilbereichen beim ehemaligen ABB-Areal in Zürich Oerlikon.

Erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass Flächen, wo immer möglich, entsiegelt werden sollten. Dies als Hochwasserschutzmassnahme für die Vorfluter, zur Grundwasserspeisung und zur Reduktion von hitzespeichernden Oberflächenversiegelungen. All dies benötigt eine Gesamtplanung unter Einbezug aller Strassen im Merishausertal, von Schaffhausen nach Barga. Dafür sind Präjudizien wie eine Neuasphaltierung des

Standstreifens hinderlich. Es ist doch zweckmässig, wenn zuerst ein Konzept über die Zukunft der H4 und der bestehenden Landstrasse samt Planung der Wildtierkorridore erstellt wird. Daher bitte ich Sie, den Streichungsantrag zu unterstützen.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Die Frage bezüglich des Standstreifens auf der H4 Barga-Merischausen wurde in der GPK intensiv diskutiert. Über Sinn und Unsinn dieser Massnahme haben wir sogar mehrstündige Gespräche geführt. Die Thematik ist, dass im Zuge des Anschlusses des Abwassers von Barga neu in Merischausen in die bestehende Leitung Richtung ARA Röti eingespiesen wird. Gleichzeitig wird neben dieser Abwasserleitung auch eine neue Trinkwasserleitung für die redundante Versorgung von Barga mit Trinkwasser gebaut. In Gesprächen zwischen Tiefbau Schaffhausen und Barga ist man zum Schluss gekommen, dass es die einfachste und schonendste Variante ist, im Trasse der H4 diese Leitungswerke zu verlegen. Dazu wird vom bestehenden Standstreifen etwa ein Drittel der Breite aufgebrochen, ein Graben gemacht, die Leitungen verlegt und nachher – durch die Gemeinde Barga finanziert – wieder der Belag bis zur bestehenden Höhe des Belags eingebracht. Der Ausbruch dieses Belags muss als Sondermüll oder in einer Sonderdeponie gelagert werden. Diese Untersuchungen, die Urs Capaul angesprochen hat, wurden gemacht. Es wurden Bohrungen gemacht und man hat festgestellt, der Belag ist entsprechend mit PAK belastet, sodass dieser entsorgt werden muss. Auch diese Kosten übernimmt die Gemeinde Barga.

Insgesamt ist der Belag dieses Standstreifens in einem relativ schlechten Zustand. Der Belag ist ausgemergelt und müsste erneuert werden. Deshalb hat man entschieden, nach der Auffüllung des Grabens auf der ganzen Breite des Standstreifens einmal – Sie kennen diese Fräsmaschinen – mit der Maschine auf der ganzen Länge darüberfahren und dann wieder einen Deckbelag aufzubringen. Dann ist die Strasse wieder sauber saniert. Das wird den Kanton in etwa 250'000 Franken kosten. Die Alternative, die jetzt von Urs Capaul ins Spiel gebracht wird, heisst eigentlich: beidseitig Standstreifen entfernen, Geschwindigkeit von 100 auf 80 drosseln. Dann können die Wildtierzäune entfernt werden. Das würde dann wahrscheinlich in etwa der Vorstellung von Urs Capaul entsprechen. In den Gesprächen mit Barga und Merischausen kam klar zum Ausdruck, sie wollen die erstbesprochene Lösung bzw. die beantragte Lösung. Sie möchten weiterhin das Geschwindigkeitslimit auf 100 lassen und entsprechend auch die Wildtierzäune behalten.

Im Rahmen des Strassenrichtplans, der jetzt zur Vernehmlassung steht, geht es auch noch um den Anschluss von Merischausen ans Netz bzw. an die H4. Auch da laufen Diskussionen. Es wird früher oder später Anpas-

sungen an der H4 geben, und wir sind uns dessen bewusst, dass die Wildtierkorridor-Thematik gelöst werden muss. Aber das braucht auch noch ein wenig Zeit. Deshalb sind wir nach wie vor der Meinung, wir machen jetzt diese Sanierung und deshalb möchte ich Sie bitten, den Antrag Capaul abzulehnen. Das kostet den Kanton 250'000 Franken und wir haben dann wieder für einige Jahre eine geklärte Situation. Alternativ, beide Standstreifen entfernen auf der ganzen Länge, den gesamten Asphalt inklusive Tragschicht, entfernen, Bankette instand stellen, Entwässerung usw. zu machen, sind wir zuversichtlich, dass es keine Volksabstimmung braucht. Aber es wird irgendwo zwischen zwei und drei Mio. Franken zu liegen kommen. Das ist eine grobe Schätzung des Kantonsingenieurs. Wir sind offen. Es ist der Kantonsrat, der letztlich entscheidet.

Arnold Isliker (SVP): Ich möchte noch einmal die *Story* der Strasse aufrollen. Als die N4 oder A4 ausgebaut wurde, waren die Standstreifen mit 8 Zentimeter Belag belassen. Dann hat die ASTRA bestimmt, die ganzen Standstreifen würden wegen der Tragfähigkeit ausgebaut werden, wenn ein 40-Tonner eine Panne hat. Dann wurde der ganze Belag mit 18 Zentimeter plus der Verschleisssschicht neu eingebaut. Vor nicht allzu langer Zeit wurde der Grenzbelag auf der A4 neu eingebaut, abgefräst; in einer Nachtaktion. Damals haben wir uns gewundert, bei der schlechten oder mittelmässigen Belastung der ganzen Strecke, dass diese Arbeit nachts durchgeführt werden muss – mit doppelten Kosten – als tagsüber. Das war noch nicht vor allzu langer Zeit, dass der ganze Belag erneuert wurde. Jetzt heisst es, der Belag auf dem Standstreifen ist in einem schlechten Zustand. Das kann ich einfach nicht glauben und das stimmt einfach nicht. Also, abräsen und wieder im alten Zustand belassen, wie das eigentlich vorgeschlagen ist, die Leitungen einbauen, Deckbelag einbauen und dann ist gut.

Urs Capaul (parteilos): Zur Klarheit. Ich habe nicht von einem beidseitigen Entfernen der Standstreifen gesprochen. Das haben Sie jetzt gesagt. Ich habe gesagt, man soll das zurücknehmen und sich überlegen, ob es allenfalls eine Neuverteilung des Verkehrs gibt. Gibt es die Möglichkeit, dann auch andere Verkehrsteilnehmer auf diese Schnellstrasse zu nehmen? Gibt es die Möglichkeit, an speziellen Standorten solche Wildwechsel zuzulassen? Das braucht eine Planung. Meine Idee ist, dass zuerst ein Konzept erstellt wird und nachher kann man darüber sprechen, ob jetzt eine Neuversiegelung gemacht werden soll oder nicht. Dass jetzt diese Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung, diese Leitung, in den Boden eingebaut werden und gleichzeitig das PAK-belastete Material entsorgt wird, das geht auch dann, wenn nachher nicht zwingend

ein Deckbelag darüber gesetzt wird. Aber ich möchte zuerst ein Konzept wie das aussehen soll.

Abstimmung Antrag Urs Capaul

Der Antrag von Urs Capaul wird mit 40 : 13 Stimmen abgelehnt.

IPR0022-1, Liegenschaften, Auslagerung Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt

2. Vizepräsident Erich Schudel (SVP): Ich spreche zu Seite 89 im Hochformat, zum IPR 0022-1, Liegenschaften, Auslagerung Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt. Wir haben bereits viel über die zu erwartenden Mehrkosten beim Polizei- und Sicherheitszentrum gehört. Nun wird allerdings auch ein Exekutivkredit in der Höhe von knapp 1.4 Mio. Franken für die Auslagerung des Strassenverkehrsamts beantragt. Hierzu möchte ich noch Genaueres wissen. Geht es hier ausschliesslich um teuerungsbedingte Kosten? Oder sind Anpassungen am Projekt geplant? Gerne würde ich dazu noch ein paar Erläuterungen erhalten.

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Bei diesem Exekutivkredit, den der Regierungsrat am 21. Juni 2022 bewilligt hat, geht es tatsächlich um etwas Ähnliches wie beim Polizei- und Sicherheitszentrum. Es geht um gebundene Kosten, die sich jetzt gegenüber dem ursprünglich bewilligten Kredit – im Mai 2018 war die Volksabstimmung zusammen mit dem PSZ – verändert haben. Einerseits geht es um teuerungsbedingte Mehrkosten. Bis zum Stichtag des Regierungsratsbeschlusses war der Baukostenindex um elf Prozent gestiegen. Das entspricht 1.35 Mio. Franken dieses Kredites. Dann ist auch die Thematik der gesetzlichen Änderung. Die Energiehaushaltsverordnung wurde bekanntlich auf den 1. April 2021 angepasst. Die öffentliche Hand ist jetzt verpflichtet, nach Minergie P zu bauen. Das erzeugt höhere Baukosten im Rahmen von 455'000 Franken. Auch die Holzbauweise, der der Regierungsrat zugestimmt hat, begründet sich aus der Vorbildfunktion, welche eigentlich schlussendlich mit der Energiehaushaltsverordnung festgelegt wurde. Ursprünglich war das Projekt nicht in Holzbau geplant, sondern das wurde noch entsprechend angepasst. Wir sind eigentlich sehr erfreut, dass wir jetzt solch eine schöne Holzgeschichte zeigen können, in dem Holz aus dem Schaffhauser Staatswald verwendet wird und das Gebäude zum ganz grossen Teil in Holzbauweise erstellt werden kann. Aber das kostet halt auch etwas und das sind 725'000 Franken. Das sind im Prinzip die Anpassungen, die

gemäss Finanzhaushaltsgesetz gebundene Ausgaben sind und entsprechend Mehrkosten generieren.

Lohnmassnahmen und Steuerfuss

GPK-Präsidentin Eva Neumann (SP): Ich habe heute Morgen schon erläutert, wie die Diskussionen in der GPK verlaufen sind. Die GPK beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 6 : 3 Stimmen eine Steuerfussenkung um 3% auf 91% bei den natürlichen Personen, Beibehaltung des Steuerfusses von 98% bei den juristischen Personen und, bei einer Annahme, wie von der Regierung beantragten Entwicklung der Lohnsumme im Budget 2023 von 3.75%.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Der Regierungsrat wird an seinen Anträgen festhalten. Das heisst im Klartext, die zweiprozentige Steuersenkung plus die Lohnmassnahmen im Umfang von insgesamt 3.75%.

Daniel Preisig (SVP): Wie angekündigt, beantrage ich Ihnen namens der SVP-EDU-Fraktion, den Steuerfuss für natürliche Personen auf 89% festzusetzen. Das ist ein Minus von 5%. Nochmals eine Kurzbegründung: Wir haben fünf Gründe, warum die Steuern jetzt deutlich um fünf Prozentpunkte gesenkt werden müssen. Erstens: Wir können uns die Steuersenkung problemlos leisten. Nach den Jahren mit Millionen-Überschüssen sitzt der Kanton auf einem Eigenkapitalberg von sage und schreibe über 700 Mio. Franken. Die Steuererträge sprudeln und der Kanton hat den Leuten lange genug das Geld aus der Tasche gezogen, ohne es wirklich zu brauchen. Zweitens: Nur eine Mittelverknappung führt zur dringend notwendigen Finanzdisziplin. Der Kanton schwimmt immer noch im Geld. Die Ausgaben wachsen stetig und der Regierungsrat zeigt wenig Sparwillen. In dieser Situation braucht der Staat nicht mehr, sondern weniger Geld. Drittens: Angesichts der anziehenden Teuerung und der explodierenden Energiepreise braucht die Bevölkerung jetzt dringend eine Entlastung. Viertens – für mich der wichtigste Grund: Die Ansiedlungsstrategie der Wirtschaftsförderung hat funktioniert. Jetzt müssen wir die Erträge definitiv ins Trockene bringen. In den Neunzigerjahren wurde die Ansiedlungsstrategie mit einem klaren Ziel entworfen: Internationale Unternehmen nach Schaffhausen zu locken und höhere Steuererträge zu generieren, damit das damals strukturschwache Schaffhausen den *Turnaround* schaffen kann. Die Strategie war und ist sehr erfolgreich, wie wir heute wissen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Früchte der vor über 20 Jahren gepflanzten Bäume zu ernten und den Erfolg zu sichern. Jetzt ist der Moment gekommen, um die Steuern für die natürlichen Per-

sonen deutlich zu senken. Schliesslich fünftens: Der Kanton Schaffhausen hat in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht, was die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit betrifft. Doch auch die anderen Kantone schlafen nicht. Mit einer Steuerentlastung von 5% setzen wir uns definitiv auf die Landkarte der steuerlich attraktiven Wohnorte. Zahlreiche gute Steuerzahler haben uns in den letzten Jahren verlassen und sind über den Rhein gezügelt. Ziel muss es sein, diese zurückzugewinnen und Neuzuzüger zu gewinnen. Diese einmalige Gelegenheit müssen wir unbedingt packen.

Matthias Freivogel (SP): Namens der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, den Steuerfuss für juristische Personen und natürliche Personen unverändert zu belassen – also keine Steuerfussenkungen vorzunehmen. Bei Lichte betrachtet, werden wir im Budget 2023 ein Defizit von ungefähr 40 Mio. Franken schreiben. Das haben Sie kaschiert, das geht. Um das schöner zu machen, wollen Sie eine finanzpolitische Reserve von 30 Mio. Franken auflösen. Das macht die ganze Rechnung natürlich schöner. Diese 30 Mio. Franken waren wofür vorgesehen? Für Härtefallentschädigungen von Firmen – für Notfälle. Jetzt stellt sich die Frage, was man mit dieser Auflösung wirklich machen soll. Ich habe von Kollege Daniel Preisig gehört, er findet, wir hätten über 700 Mio. Franken Eigenkapital. Ich rekapituliere das, was die Finanzdirektorin heute Morgen gesagt hat: Ungefähr 270 Mio. Franken sind frei verfügbar. Wir sollten also vor allem den Blick darauf richten.

Wir sollten auch den Blick darauf richten, was in nächster Zeit auf uns zukommt. Das Sicherheitszentrum: 110 Mio. Franken. Das Motorfahrzeugprüfungszentrum: 25 bis 30 Mio. Franken. Sei es wie es wolle. Ich sage Ihnen einfach, man darf die Frage stellen, ob wir wirklich mit Steuerensenkungen unser Eigenkapital strapazieren wollen. Stichwort: Die Steuern sollten so tief wie möglich und so hoch wie nötig sein. So tief wie möglich sind wir der Auffassung, sind sie eigentlich jetzt geworden. Die Finanzdirektorin hat gesagt, wenn wir jetzt noch einmal dem regierungsrätlichen Antrag folgen würden, hätten wir die Steuern seit 2019 um 20% gesenkt. Diesmal nickt sie zwar nicht, aber sie protestiert auch nicht. Offenbar stimmt diese Zahl. Diese Zahl ist also nicht ohne. 20% in nicht einmal vier Jahren. Das ist viel. So tief wie möglich sind wir angelangt. Jetzt stellt sich einfach die Frage: Sind sie so hoch wie nötig? Wenn wir das Eigenkapital, angreifen wollen, darf man diese Frage durchaus stellen.

Jetzt stellt sich auch die Frage, weshalb wir eine so gute finanzielle Situation haben. Dann wird immer wieder gesagt – auch von meinem Vorredner wieder – der Kanton habe den Steuerzahlenden zu viel Geld aus der Tasche gezogen. Das stimmt nicht. Woher kommen diese vielen Millio-

nen? Von der Kantonalbank, von der Nationalbank, von der AXPO und so weiter. Ich zitiere die Finanzdirektorin, Seite 17 der Medienorientierung vom 6. April 2022. Dort hat sie gesagt: «Der Kanton Schaffhausen hat sich als robuster Wirtschaftsstandort erwiesen und die Corona-Pandemie insbesondere auch finanziell gut gemeistert». Stimmt. Zweitens: «Ein deutlich höherer Fiskalertrag und ausserordentliche hohe, nicht vorhersehbare Ausschüttungen insbesondere SNB, SHKB, AXPO sind dafür verantwortlich». In dieser Medienorientierung hat die Regierungspräsidentin auch dargelegt und aufgezeigt, dass die Einnahmen, der Fiskalertrag der natürlichen Personen, in den letzten fünf Jahren am zweittiefsten gewesen sind; nämlich bei 256 Mio. Franken im Jahr 2021. Nur einmal waren sie tiefer, sonst waren sie immer höher. Die Steuerfussenkungen haben ihre Wirkung gezeigt. «Die guten Einnahmen sind eben nicht von den natürlichen Personen gekommen, sondern» – und jetzt kommt die dritte Komponente – «durch die erfolgreiche kantonale Umsetzung der STAF. Das ist Treiber für die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre und hält die Steuereinnahmen der juristischen Personen auch 2021 auf einem hohen Niveau». Zitatende der Finanzdirektorin.

Was ist die kantonale Umsetzung der STAF? Das ist die Abschaffung der Briefkastenfirmen. Durch die Abschaffung der Briefkastenfirmen müssen diese Firmen Schritt für Schritt in Etappen mehr Steuern bezahlen. Das ist eingetroffen. Jetzt können Sie doch nicht sagen, dass wir den Steuerzahlenden zu viel aus der Tasche gezogen haben. Wir haben das aus der Tasche gezogen, was nötig war, um den Bedarf des Kantons zu decken, ohne auf dieses Geld der National- und der Kantonalbank zurückgreifen zu müssen. Jetzt stellt sich doch die Frage: Wie sollen wir dieses Geld, das nicht von den Steuerzahlenden gekommen ist, verteilen? Wenn wir das jetzt zurückgeben – und das haben wir bereits teilweise gemacht mit den Steuerfussenkungen, Sie wissen es – erhalten diejenigen, die am meisten Steuern zahlen, am meisten zurück. Nur haben sie ja eigentlich gar nicht dazu beigetragen, dass es so gut gekommen ist. Das waren die Banken, und darum sagen wir Ihnen: Jetzt muss Schluss sein mit diesen Steuerfussenkungen. Es ist nicht angezeigt, das Vermögen des Kantons jetzt anzugreifen oder – und jetzt komme ich gegen Ende meines Votums –, wenn wir das schon machen wollen, dann aber zur Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen. Was haben wir strukturell für diese gemacht? Wenig. Wir haben für eine bestimmte Zeit den Entlastungsabzug erhöht. Aber das ist nur für eine gewisse Zeit so gemacht worden und läuft jetzt. Aber wir haben mit der markantesten Erhöhung des Versicherungsabzuges vor allem die mittleren und höheren Einkommen entscheidend entlastet. Wir haben die Vermögenssteuern gesenkt. Wenn wir schon die Steuern senken wollen, sind die untersten Leute dran, jetzt endlich auch einmal strukturell zu profitieren: 22% der Steuer-

zahlenden, das sind solche, die ein steuerbares Einkommen bis ungefähr 50'000 Franken haben. Das sind 22 Prozent der Steuerzahlenden. Das ist ein erheblicher Teil, der bisher von den strukturellen und auch von den Steuerfussenkungen wenig profitiert haben. Wenn schon, müssen diese entlastet werden, und wir haben Ihnen einen Vorschlag unterbreitet. Wir haben Ihnen nämlich aufgezeigt, dass das mit einer Korrektur des Steuertarifs möglich ist. Wir werden deshalb darüber hier zu bestimmen haben. Dann, meine Damen und Herren, kommt die Nagelprobe für Sie. Jetzt, ich sage nicht mutwillig, aber unnötig den Steuerfuss noch einmal zu senken, ist fehl am Platz.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Es stimmt teilweise, was der Vorredner, Herr Kantonsrat Matthias Freivogel, gesagt hat. Die Erträge der letzten Jahre sind vor allem auf die guten Ergebnisse der juristischen Personen zurückzuführen. Das hat damit zu tun, dass die STAF erfolgreich umgesetzt wurde und das hat auch damit zu tun, dass wir OECD-konform sind und dass grössere Vermögenswerte in den Kanton Schaffhausen transferiert worden sind. Es gab nicht mehr grosse Ansiedlungen, aber diejenigen, die hier sind, haben ihre Position hier verstärkt. Das hat sich unter anderem dadurch gezeigt, dass wir verbesserte Einnahmen bei den juristischen Personen hatten. Wenn die juristischen Personen gut *performen*, wird auch der Anteil an der direkten Bundessteuer erheblich höher ausfallen, da diese Firmen sehr viel an die direkte Bundessteuer zahlen. Wo ich eine Korrektur machen muss – und ich will jetzt nicht vorgreifen, ich sage nur die *Facts*, die wir auch beachten müssen – dass 1.8% der Steuerpflichtigen, das sind nämlich diejenigen, die in der Einkommensstufe bei 200'000 Franken und höher sind, 15.9% der gesamten Einkommenssteuer bezahlen. Man muss sehen, dass die oberen Einkommen prozentual viel, viel mehr an den ganzen Kuchen der Einkommenssteuern bezahlen. Es ist richtig, wie Herr Kantonsrat Freivogel gesagt hat, dass wir bei den natürlichen Personen etwas stagnieren. Wir haben keine grösseren *Peaks* mehr. Wenn Sie den Oktoberbrief anschauen, sehen Sie auch, dass wir gerade knapp bei den Budgeterwartungen bei den natürlichen Personen sind.

Die Steuerstatistik 2020, das ist die letzte, die wir haben, sie ist zwar noch provisorisch, zeigt auf, dass die Steuerpflichtigen der Einkommensstufe bis 49'999 Franken, also ein Franken unter 50'000 Franken, - das sind 51.5 Prozent der Primärsteuerpflichtigen, - 14.4% der Einkommenssteuer bezahlen. Die Einkommensstufe über 200'000 Franken macht 1.8% der Steuerpflichtigen aus und bezahlt 15.9%, also viel weniger Personen bezahlen viel mehr. Dann gibt es die Steuerpflichtigen der Einkommensstufe 50'000 bis 74'999 Franken, das sind 23.3%. Sie bezahlen 22.2% der Einkommenssteuer. Es gibt es grosse Diskrepanzen. Sehr

wenige bezahlen sehr viel Einkommenssteuern. Das gilt es zu beachten. Ich möchte hier nicht weiter zu den Ausführungen von Herrn Kantonsrat Matthias Freivogel Stellung nehmen, da diese Motion ja noch im Regierungsrat hängig ist und noch nicht behandelt wurde.

Christian Heydecker (FDP): Ich möchte zuerst sagen, dass ich den Antrag von Daniel Preisig unterstützt werde. Ich werde dem Antrag zu dieser Steuerfusssenkung um 5% zustimmen. Jetzt aber zuerst noch ein Wort zum Votum von Matthias Freivogel zum Budget 2023. Er hat gesagt, das sei quasi in unzulässiger Weise durch diese Auflösung dieser finanzpolitischen Reserve geschönt wurden. Er hat sich geärgert, die sei gebildet worden für Härtefälle für Unternehmen in der Covid-Zeit und jetzt werde die quasi einfach so aufgelöst. Lieber Matthias: Es gibt nur diesen Weg, diese finanzpolitische Reserve wieder in die laufende Rechnung aufzulösen. Denn der Zweck ist erfüllt. Wir brauchen dieses Geld nicht mehr für weitere Härtefallentschädigungen, da es diese nicht mehr geben wird. Wenn finanzpolitische Reserven nicht mehr gebraucht werden, sind sie aufzulösen. Jetzt könnte man das noch über Jahre hinweg staffeln, das könnte man. Aber man kann es auch – und das ist sinnvoll – auf einmal auflösen. Ich habe schon früher bei der Bildung von finanzpolitischen Reserven immer wieder gesagt, wir werden dann irgendwann in die glückliche Lage kommen, dass diese in Millionenhöhe aufgelöst werden müssen, weil sie entweder ablaufen oder der Zweck unerreichbar geworden ist. Das ist jetzt das erste Mal. Von daher ist gegen diese Auflösung nichts einzuwenden.

Ich habe die fünf Gründe von Daniel Preisig gehört. Für diesen Antrag kann ich alle unterschreiben. Für mich ist ein ganz anderer Grund viel zentraler. Es geht um den Abschluss 2022. Sie haben mit dem Oktoberbrief gelesen, dass wir mit einem Überschuss von 15 Mio. Franken rechnen werden. Hier, Matthias Freivogel, wird geschönt. Wenn wir nämlich diese finanzpolitische Reserve, die gebildet werden soll, ausklammern, würden wir einen Überschuss von 50 Mio. Franken ausweisen – 62 Mio. Franken besser als budgetiert. Das heisst, im laufenden Jahr werden wir einen massgeblichen Überschuss erzielen, obwohl wir die Steuern unter dem Gejaulte der linken Seite um 10% für dieses laufende Jahr gesenkt haben. Das muss man sich einfach vor Augen halten. Wenn man sieht, wie die Eigenkapitalsituation im Kanton Schaffhausen ist, sind wir «putzt und gstrählet». Das darf man so sagen. Dann ist es nichts als richtig, wenn man von diesen 50 Mio. Franken einen Teil wieder zurückgibt. Jetzt kann man sich fragen: Wer hat denn für diesen Überschuss gesorgt? Selbstverständlich waren das die Erträge der Nationalbank, der Kantonalbank und der juristischen Personen. Primär. Nur, wir können kein Geld an die Nationalbank zurückgeben. Wir können auch kein Geld an die

Kantonalbank zurückgeben. An die juristischen Personen könnten wir, ist aber vielleicht nicht so schlau, jetzt in dieser Diskussion um die OECD-Regelungen, wenn wir die juristischen Personen weiter entlasten. Also ist es doch logisch, dass man auf die natürlichen Personen zurückgreift, welche notabene mengenmässig am meisten zu diesen Steuererträgen beitragen. Von daher ist es nichts als richtig, wenn wir von diesem Riesenüberschuss von 50 Mio. Franken nicht nur alles in die finanzpolitische Reserve stecken, sondern auch einen Teil zurückgeben. Mit dem Risiko, dass das Budget 2023 etwas mehr rot ist als geplant. Aber mit Blick auf das Eigenkapital, mit Blick auf den Überschuss im laufenden Jahr ist das absolut vertretbar. Von daher bitte ich Sie, dem Antrag von Daniel Preisig zuzustimmen und den Steuerfuss um 5% zu senken.

Lorenz Laich (FDP): Wiederum ein Grund mehr, um von dieser Unsitte des Bildens von finanzpolitischen Reserven abzusehen. Es gibt immer wieder Diskussionen, wenn man diese bildet und es gibt auch genau die Diskussionen, wenn man sie auflöst. Aber wie kommt es im Kontext bei der Öffentlichkeit an, die jetzt auch im Vorfeld dieser Debatte gesehen hat, wenn es um die Lohnerhöhungen bei den Mitarbeitenden der öffentlichen Dienste geht. 3.75% – diese Zahl ist männiglich, ist bekannt und gleichzeitig kommt aus den Reihen des Kantonsrats der Antrag: Nein, nein, Steuersenkung kommt nicht in Frage, bei null bleiben. Mitarbeitende, die im Gewerbe tätig sind, die schon die letzten Jahre schwierige Zeiten durchgemacht haben, als viele um ihre Arbeitsplätze gebangt haben, hatten eigentlich jetzt den Eindruck, nach Covid würde sich eine gewisse Normalisierung abzeichnen. Aber jetzt haben wir andere Probleme mit Strompreisen, die zum Teil Unternehmen in existenzielle Abgründe heranzuführen, an Lieferketten, die unterbrochen sind, an Aufträge, die nicht ausgeführt werden können, weil gewisse Rohmaterialien nicht vorhanden sind. Jetzt wollen wir dieses Signal aussenden und sagen, die Mitarbeitenden, die beim Staat arbeiten, die auch de facto eine Arbeitsplatzsicherheit von 100% haben – das ist so – erhalten 3.75 Prozent mehr Lohn. Mitarbeitende bei Unternehmungen in der Privatwirtschaft müssen sich zum Teil mit deutlich tieferen Lohnsteigerungsraten begnügen und müssen dann noch hören: Ach so, der Kantonsrat sagt jetzt, Steuersenkungen überhaupt nicht, bei einem Eigenkapital – und das hat mein Vordrner schon gesagt –, dass mit diesem neuerlichen Überschuss, den wir per 2022 erzielen werden, vermutlich die 700 Millionengrenze überschreiten wird, tönt das skurril. Das muss ich Ihnen ehrlich gesagt sagen.

Ich meine, auch wenn wir anschauen, wie dieses Budget jetzt für das Jahr 2023 aussieht. Wir schreiben eine rote Null. Wenn wir die ganzen Zahlen in den Kontext bringen, ist das nicht ein Minus. Das ist eine rote Null, die wir schreiben. Wenn wir uns wiederum vor Augen führen, wie die

Budgets bzw. die Ist-Zahlen der letzten Jahre gewesen sind, waren die Ist-Zahlen stets besser als das Budget. Ich bin überzeugt, dass wir auch per 2023 schlussendlich ein Ergebnis haben werden, das wiederum schwarze Zahlen aufzeigen wird. Unter dieser Prämisse muss ich Ihnen sagen, müssen wir jetzt wirklich auch ein Zeichen setzen und einer Steuerreduktion zusagen oder einer Steuererhöhung eine Absage erteilen. Das hätte ich auch so sagen können. Einer Steuersenkung müssten wir eigentlich zusagen. Ich war anfänglich bei einer Senkung von 3%. Das habe ich auch Ratskollege Mariano Fioretti kundgetan. Wenn ich mir jetzt aber die Zahlen näher angeschaut habe und sehe, wie die entsprechende Rechnungssituation per 2022 ausfallen wird, muss ich Ihnen klar sagen, gibt es keine Gründe, warum man nicht für eine Steuersenkung von 5% sein kann.

Patrick Portmann (SP): Immer dann, wenn die Budgetdebatte ist, merke ich, dass ich schnell alt werde. Ich bin seit sechs Jahren im Kantonsrat und es ist eigentlich immer der gleiche Diskurs, den wir hier führen. Aber ich möchte Ihnen heute trotzdem etwas mitgeben, das sie vielleicht etwas erstaunen wird. Dieses Bild, das Lorenz Laich gezeichnet hat, von den bösen Staatsangestellten und den Privatangestellten kann ich einfach sagen: 80 Prozent – und dieses *Commitment* von Daniel Preisig hat mir heute gefallen – das uniformierte Personal, die Pflege, die Polizei, die Lehrkräfte – also die Lehrkräfte nicht uniformiert – diese Leute bilden 80% des gesamten Personals beim Kanton. Ich kann Ihnen sagen, in meinem Freundeskreis gibt es keine Leute, die sagen, dass ich so gut verdiene und weshalb sie nicht in der Pflege arbeiten würden. Es läuft etwas Anderes. Ich habe ein paar gute Freunde, tolle Typen, die arbeiten bei der Bank und verdienen deutlich mehr. Da denke ich manchmal – nein, ich bin nicht neidisch, aber es ist schon verrückt, dass wir bei der Kommune, bei der Stadt, beim Kanton einfach nie solche Lohnaussichten haben, mit guten Abschlüssen, mit Perspektiven. Die gibt es einfach nicht bei uns. Dies ist für mich ein Märchen vom Staatspersonal.

Ich denke, wenn wir so weiterfahren, könnten wir auf ein Sparprogramm zusteuern. Sie mögen sich vielleicht erinnern oder waren Teil des Kantonsrats – das ist einige Jahre her – da hatten wir das EP14. Da gab es für mich einen substantiellen Bereich und Punkt, der sich wirklich verändert hat. Man hat damals über 800'000 Franken Einsparungen im IV-Bereich – bei Menschen mit einer Beeinträchtigung – gemacht. Es war aber eine Zeit, in der man durchaus genügend Fachpersonal in diesen Bereichen hatte. Man hatte weniger betagte Menschen, man hatte auch weniger Menschen, die auf die IV oder IPV angewiesen waren. Das ist einfach ein Unterschied zu damals. Den Leuten geht es heute schlechter. Die Leute sind betagter, die Leute beziehen mehr EL und die IV-Heime

haben auch nicht so gute Bedingungen aufgrund der Sparprogramme bzw. des heutigen Abrechnungssystems. Dann noch ein letzter Punkt: Junge Menschen, junge Familien, der Mittelstand und auch die tieferen Einkommensklassen profitieren nicht von diesen Steuersenkungen, die Sie vorantreiben möchten. Es wurde ja bereits von Matthias Freivogel gesagt: Es ist einfach zu viel des Guten. Ich meine, Sie können ja mit uns sprechen. Wir sind immer relativ offen, aber es gibt einfach eine Grenze. Das ist einfach des Guten zu viel, wenn wir für diese Leute Politik machen würden, die vielleicht auch Söhne und Töchter ihrerseits sind. Jüngere Leute, ich habe es gesagt, die profitieren nicht davon. Ich bitte Sie einfach, vernünftig zu werden, denn sonst steuern wir auf ein Sparprogramm zu. Das ist sicher nicht in Ihrem Interesse.

Marco Passafaro (SP): Der Kanton ist finanziell an einem einigermaßen guten Ort. Wir haben ein hohes Eigenkapital, was sehr erfreulich ist. Wenn wir aber im Budget das Ergebnis operativer Tätigkeit betrachten, sehen wir, dass wir 33 Mio. Franken im Minus sind. Das wurde durch eine Entnahme aus der Corona-Finanzreserve ausgeglichen. Prinzipiell ist das zulässig. Im Privaten machen das ja gewisse Leute auch. Wenn wir in einem Jahr zu wenig verdienen, wir einen Batzen vom Sparbüchlein nehmen, auch wenn es für eine Weltreise gedacht gewesen wäre. Das wäre sozusagen ein Reisefonds. Es heisst aber, dass wir unser Eigenkapital reduzieren. Was wir jetzt machen, erstaunt mich ein wenig. Wie wir alle wissen, stehen mehrere grosse bis sehr grosse Investitionsprojekte an. Dass wir angesichts dieser Investitionsprojekte unser Eigenkapital beschleunigt reduzieren wollen, ist sehr seltsam. Wenn man die Analogie zum Privaten macht, entspräche das der Situation, wenn wir ein Haus bauen wollen und das Geld eigentlich jedes Jahr nicht reicht. Wenn wir aber dann im Vorfeld noch unser Aktienportfolio und die Sparbüchlein auflösen, um dick Ferien zu machen und vermehrt in den Ausgang zu gehen, ist das nicht wirklich ein Vorgehen, das uns der Finanzberater unseres Vertrauens raten würde. Privat ist aber klar, was passiert, wenn man so handelt. Wir müssen mehr Fremdkapital in Form einer Hypothek aufnehmen und werden, gerade in der heutigen Situation, in Zukunft spürbar mehr Zinsen zahlen. Das natürlich, sofern wir eine Bank finden, welche uns finanziert. Im Privaten würde man so jemanden wahrscheinlich als einen Finanzakrobaten bezeichnen.

Was ist jetzt vorgeschlagen? Es ist vorgeschlagen, dass der Kanton genau das tut. Zusätzlich zum vorhandenen nachhaltigen Defizit senken wir noch die Steuern und werden dadurch unser Eigenkapital signifikant senken. Wir hauen es also auf dem Putz. Eigenkapital, welches wir für die Finanzierung der kommenden Investitionen gut gebrauchen könnten. Es geht so weit, dass wir nicht einmal die kurzfristigeren Investitionen bis

zum Jahr 2025 aus dem Eigenkapital finanzieren können. Schon in den nächsten Jahren müssen wir für die Finanzierung unserer Investitionen, wie z.B. das Sicherheitszentrum, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit Fremdkapital aufnehmen; das in einer Zeit, in der die Zinsen in noch unbekannte Höhen steigen. Möglicherweise sind wir dann in einem Hochzinsmarkt. Eigenkapital ist nicht etwas Unnötiges. Im Gegenteil: Prinzipiell ist es gut – egal wie es heisst, ob Sparbüchlein, Corona-, Klima- oder Strassenfonds. Von unseren Grossbanken haben wir eine höhere Eigenkapitaldecke gefordert. Wenn wir unser Eigenkapital auflösen und nachher teures Fremdkapital aufnehmen müssen, ist das finanziell nicht wirklich angesagt und zeugt bestenfalls von wenig Weitsicht.

Wenn der Regierungsrat nächstes Jahr die Corona-Reserve auflösen und die Steuern um 2% senken möchte, ist das meiner Meinung nach schon ein wenig Finanzakrobatik. Übertragen wir das auf das Private, dann holen wir den Batzen, welchen wir für schlechte Zeiten zurückgelegt haben, weil unser Einkommen nicht reicht. Gleichzeitig leasen wir noch einen Fernseher. Das ist unter gewissen Umständen ja akzeptabel. Wenn wir aber dann noch ein grosses Auto leasen, sprich zusätzliche 3% Steuern senken, ist das jenseits von Finanzakrobatik. Ich frage mich, welche Kantonsräte privat so wirtschaften würden. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und nicht das Eigenkapital unnötig zusätzlich auf den Putz zu hauen.

Raphaël Rohner (FDP): Wenn man diese Debatte hört, ist man versucht, mindestens an Nietzsche zu denken, der von der ewigen Wiederkunft des Gleichen spricht. In dieser Art haben wir uns schon oft ausgetauscht und debattiert. In den letzten Jahren war die Ausgangslage immer sehr positiv und die Abschlüsse waren eklatant besser als prognostiziert. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Die Argumente wurden wiederholt vorgebracht. Allfällige Risiken wurden in der GPK sorgfältig beraten und abgewogen. Die Chancen, die sich daraus für den Kanton Schaffhausen im Sinne des Standortvorteils ergeben, sind ebenfalls benannt. Wenn ich mir dann diese Szenarien von negativen wirtschaftlichen Entwicklungen, von zu wenig Eigenkapital anhören muss – um nur zwei zu nennen – muss ich schon eher sagen, dass mir das etwas bemühend und auch gesucht erscheint. Es geht darum, dass wir in der komfortablen Lage sind, einmal mehr für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Entlastung zu bieten. Wir haben auch für all diejenigen, die nicht sehr viel Steuern bezahlt haben und vielleicht darum jetzt auch weniger von einer Steuersenkung profitieren, dafür einen umso besser werdenden Service Public in den vergangenen Jahren. Ich kann bald auf 65 Jahre zurückblicken und es kann niemand sagen, die Situation hätte sich nicht auch für die Leute, die in bescheidenen Verhältnissen leben, verbessert. Nun, es ist ein ideologischer

Schlagabtausch, der hier stattfindet und da werden wir nie zu einem Ende kommen. Ich denke mir aber, dass der Weg, den Ihnen die GPK vorschlägt, auf Antrag von Theresia Derksen bei uns und von mir unterstützt, nämlich die 3%, wird der Kronweg sein. Das Mass aller Dinge, so denke ich, ist nach wie vor das Augenmass. Dies lässt auch zu, dass wir für das Personal, die gewünschte, die von der Regierung geforderte und auch meines Erachtens angezeigte Lohnsummenentwicklung mit gutem Gewissen finanzieren können und wir daher auch zustimmen werden.

Es droht kein Sparprogramm. Auch in den nächsten Jahren nicht, lieber Kollege Patrick Portmann. Ich habe zahlreiche – auch Kollege Schmidig – Sparprogramme in den letzten 20 Jahren beim Kanton erlebt und auch aktiv beigetragen, dass diese formuliert und umgesetzt werden konnten. Die Ausgangslage ist eine ganz andere. Seien wir also vernünftig, stimmen wir den Anträgen der GPK zu, mit 3% Steuerreduktion und gleichzeitig aber auch einer angemessenen vorgeschlagenen Lohnsummenentwicklung für unser gut arbeitendes Personal.

Pentti Aellig (SVP): Über 700 Mio. Franken wurden den Steuerzahlern schlussendlich in den letzten Jahren zu viel abgenommen. 2022 liegen wir erneut massiv über Budget. Liebe Ratskollegen von Mitte-Links: Helft uns heute mit und sorgt mit uns dafür, unseren Bürgern einen Teil ihres Geldes wieder zurückzugeben. Ich werde heute aus Überzeugung für die Reduktion des Steuerfusses um 5% zustimmen.

Tim Bucher (GLP): Nur kurz und knapp: Die einen wollen 5%, die anderen wollen 0%: Treffen wir uns doch in der goldenen Mitte. Seien wir vernünftig, senken wir die Steuern, aber senken wir sie um 3%.

Peter Neukomm (SP): Ich möchte jetzt etwas von diesem, wie Sie sagen, ideologischen Schlagabtausch wegkommen. Es hat nicht nur mit Ideologie zu tun, sondern es hat auch mit der Frage der Vernunft und auch mit der Frage, wie wir die Zukunft einschätzen, zu tun. Ich gehe davon aus, dass die 2%, die der Regierungsrat beantragt, nicht ideologisch begründet sind. Sonst hätte ich Probleme, wenn ich die Zusammensetzung dieses Gremiums anschau. Es geht um Mass-Halten, Mass-Halten auch beim Geld verteilen. Warum? Weil *gouverner c'est prévoir*. Sie kennen das, und ich knüpfe gerne an einen meiner Vorredner an, Raphaël Rohner, der vom Augenmass gesprochen hat. Ich finde das in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Steuern zu senken, wirkt sich immer auf die Zukunft aus. Begründet wird sie aber immer mit der Vergangenheit. Deshalb ist es anspruchsvoll, weil wir die Zukunft noch nicht kennen. Aber wir wissen alle, wie schwierig es ist, den Steuerfuss wieder zu erhöhen. Das ist das Problem, das wir haben. Wir können hier nicht so, wie

wir das in einer kleinen Gemeinde machen könnten, wenn der Gemeindepäsident vor die Gemeinde steht und sagt, jetzt müssen wir wieder erhöhen, weil wir andere Herausforderungen haben. Das geht hier nicht, meistens wegen diesen ideologischen Unterschieden. Nun, aber etwas zu diesen Zukunftsaussichten. Ich finde es wichtig, dass wir diese nicht einfach ausblenden. Es ist nicht so rosig, wie viele Vorredner erwähnt haben und wir werden noch froh sein um diese Reserven, die wir bilden konnten. Wir haben Krieg in Europa. Wir haben eine Energiemangellage, wir haben eine massive Inflation, insbesondere in den wichtigsten Absatz-Märkten unserer Wirtschaft. Wir haben klare Signale, dass die Auftragsbücher der Wirtschaft sich nicht mehr so füllen wie in den letzten Jahren. Das sollten wir nicht einfach ausblenden, und wir sollten uns zu Gemüte führen, was der Chef der kantonalen Steuerverwaltung in der AZ vom 10. November gesagt hat: «Wir blicken in eine unsichere Zukunft». In diesem Sinne bitte ich Sie, vernünftig zu bleiben und Mass zu halten beim Geld verteilen. Ich persönlich werde mich auf jeden Fall dem Vorschlag der Regierung anschliessen.

Lorenz Laich (FDP): Ich komme sonst eigentlich nie ans Rednerpult um mich zu rechtfertigen. Aber es ist mir wichtig, Folgendes an die Adresse von Ratskollege Patrick Portmann zu richten: Wenn ich den Vergleich zwischen dem Personal im öffentlichen Dienst und dem Personal in der Privatwirtschaft angestellt habe und ich mich despektierlich gegenüber dem Staatspersonal geäussert hätte: Ich habe grosse Achtung gegenüber den Leistungen, die von den Personen im öffentlichen Dienst erbracht worden sind. Aber ich stehe zu meiner Aussage, dass all diejenigen, die im öffentlichen Dienst stehen, wirklich sagen können, sie haben eine de facto Arbeitsplatzgarantie. Was die anderen eben nicht haben. Das ist sicherlich ein sehr, sehr grosser Unterschied. Dann zum Votum von Ratskollege Peter Neukomm: Ja, es ist schon so mit den Steuersenkungen. Man kann die Steuern auch wieder erhöhen. Das gibt immer auch Diskussionen. Er hat jetzt an die Vernunft appelliert und wenn ich mir aber vor Augen führe – z.B. die Lohnerhöhung beim städtischen Personal von 4.5 Prozent – habe ich von vielen Leuten gehört, die gesagt haben, das ist mehr als stolz. Im Gegensatz zu Steuern, die man senkt und wieder erhöhen kann, wenn man einmal Lohnerhöhungen gewährt hat, wissen wir alle, diese einmal rückgängig zu machen, ist ein absolutes *No-Go*.

Dann noch weiter zu Patrick Portmann, zum Punkt mit den Banken. Das sind vielleicht irgendwelche Bankpersonalmitarbeiter, die in Zürich arbeiten. Ich kann Ihnen ein Beispiel von November 2022 nennen. Wir konnten eine Mitarbeiterin nach langen Mühen einstellen. Selbst in der Bank-Branche gibt es heute einen grossen Fachkräftemangel; also nicht nur

beim Pflegepersonal, sondern auch in den kaufmännischen Branchen ist dieser Fachkräftemangel vorhanden. Bezeichnenderweise – das kann ich dir jetzt auch sagen Patrick – mussten wir beim Lohn sogar noch nachbessern, weil diese Mitarbeiterin gesagt hat, sie hätte eine andere Stellenofferte. Das Klischee Bank gleich hoher Lohn auf dem Platz Schaffhausen stimmt also absolut nicht. Das muss man hier einfach noch klarstellen.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich glaube, es wäre gut, wenn man einmal *en connaissance de cause* sprechen würde, nämlich, wenn man die konkreten Zahlen hätte. Wir haben den Zwischenstand, bevor wir über diese Steuersenkungen gesprochen haben. Wir gingen von einem Minus von 14'869'600 Franken aus. Die Verbesserungen, die Sie bis jetzt gemacht haben, führen zu einem Minus von 10'928'600 Franken. Das wäre, wenn man nichts gemacht hätte. Was hätte das zur Folge, wenn man jetzt statt 3% – wie es die GPK beantragt hat – 5% Steuersenkung machen würde? Das würde inklusive Quellensteuer nochmals zweimal 2.5 Mio. also 5 Mio. Franken ausmachen und wir wären bei minus 15'928'600 Franken. Noch etwas zum NFA: Man muss sehen, wir werden nächstes Jahr noch etwas Kleines bekommen, das ist auch im Budget enthalten. Dann werden wir wieder zum klassischen Geberkanton. Wir waren das zwischendurch schon ein, zwei Mal. Aber das war nur zwischendurch. Wir werden jetzt in Zukunft Geber und wir werden gute Geber, das kann ich Ihnen sagen.

Es gibt immer viele Leute, die sagen: Super, das heisst, dass wir total ressourcenstark sind. Aber – jetzt kommt das aber und das habe ich schon einmal erwähnt – das hat nicht nur damit zu tun. Es hat teilweise damit zu tun, aber es hat auch mit dem Systemwechsel zu tun. Wir haben einen zweifachen Systemwechsel und einer ist im Zusammenhang mit der STAF, nämlich mit der Eliminierung der Statusgesellschaften. Das trifft uns jetzt sehr hart. Dessen muss man sich bewusst sein. Darum – und das ist jetzt wirklich so – muss man auch wieder vorausschauend sein und deshalb werden wir Ihnen auch voraussichtlich wieder mit der Rechnung 2023 eine entsprechende finanzpolitische Reserve beantragen, damit das etwas abgefedert wird und man nicht den *cold turkey* hat, wenn die Rechnungen von Bern kommen. Ich erinnere an andere Kantone z.B. Schwyz, die ziemlich auf dem falschen Fuss erwischt wurden, als sie diese Zahlen vom NFA gekriegt haben. Unseren Kollegen im Kanton Nidwalden ging es gleich, ebenfalls in Obwalden.

Wir dürfen nicht übermütig werden. Wir haben das Gefühl, mit diesen 2% haben wir das gemacht, was man kann. Wir denken auch an die Stetigkeit des Steuerfusses. Das ist sehr wichtig. Das wurde immer wieder betont. Es ist viel einfacher runterzugehen, als massiv hochzugehen. Darum

ist Vorsicht die Mutter der Porzellanbox. Ich glaube, mit einer massvollen Steuersenkung machen wir niemanden wütend, wenn wir wieder hochgehen müssen und wir zerschlagen auch kein Porzellan. Es ist vorsichtig budgetiert und verkraftbar angesichts des Defizits, das wir jetzt haben. Diese 3.5 Mio. Franken (Gewinn Spitäler Schaffhausen) sind jetzt buchhalterisch. Ob Sie dann bei der Staatsrechnung wirklich alle so stimmen werden, wie Sie jetzt gestimmt haben, wird sich dann weisen. In diesem Sinne beantrage ich weiterhin diese 2%.

2. Vizepräsident Erich Schudel (SVP): Ich möchte die Erfolgsrechnung auf Seite 23 in Erinnerung rufen. Dort haben wir plus/minus den Budgetvergleich zur Rechnung 2021. Ich stelle fest, beim Steuerfuss kommt das schlechte Gewissen, wenn man senken will. Dass wir heute plus/minus 40 Mio. Franken Mehrausgaben zum letzten Jahr beschlossen haben, blendet man auf einer Seite komplett aus. Wenn man kein schlechtes Gewissen hat, die Ausgaben so sehr zu erhöhen, wie wir es dieses Jahr tun, können wir auch mit gutem Gewissen die Steuern senken.

Mariano Fioretti (SVP): Man hat mir gesagt, ich soll nett und gemässigt sein. Das mache ich jetzt. Einiges wurde bereits gesagt. Ich möchte trotzdem noch kurz auf Kollege Patrick Portmann reagieren, der uns mit dem Sparprogramm das schwarze Gespenst an die Wand malt. Lieber Kollege Portmann: Wenn das wirklich so wäre und es dir wirklich ernst wäre, würdest du – wie Kollege Erich Schudel gesagt hat – die 40 Mio. Franken an neuen wiederkehrenden Kosten auch einmal unter die Lupe nehmen. Die müssen dir dann auch grosse Sorgen machen. Genau diese Kosten können wir, wie eine Lohnerhöhung, nie mehr rückgängig machen. Da ist der Punkt. Aber bei den Steuern haben wir es beim letzten Sparprogramm bewiesen: 3% mehr, obwohl es im Prinzip unnötig war. Jetzt hätte ich noch gerne eine Frage beantwortet. Die 3.75% und die 5% Steuersenkung: Wie viel macht das in Franken aus? So können wir einmal schauen, ob wir die Waage im Gleichgewicht halten können. Falls ja, empfehle ich Ihnen, die 5% Steuersenkung zu unterstützen. Genau diese 5% sind in der aktuellen Situation in jedem Haushalt Gold wert.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Herr Kantonsrat Mariano Fioretti hat mich gebeten, die Zahlen zu sagen, was das bedeutet. 2% Teuerungsausgleich bedeuten 8.14 Mio. Franken. Davon werden 1.16 Mio. Franken vom Lehrpersonal abgezogen. Das kommt von den Gemeindebeiträgen wieder in die Kantonskasse rein. Der Teuerungsausgleich ist etwas anders wie bei den Zahlen der strukturellen und der individuellen Lohnanpassung. Eine strukturelle Lohnanpassung kostet in der Verwaltung 2.54 Mio. Franken. Beim Spital, der PHSH und den Sonder-

schulen macht das 1.48 Mio. Franken aus. Das macht insgesamt 4.02 Mio. Franken. Dann erhalten wir von den Gemeinden 0.58 Mio. Franken zurück. Das sind die Zahlen, die Sie gerne wissen möchten.

Die Spitäler, das habe ich gesagt, habe ich separat ausgewiesen. Bei 2% Teuerungsausgleich macht das 2.96 Mio. Franken. Spitäler, PHSH und Sonderschulen - ich kann das jetzt nicht mehr auseinandernehmen. Weiter hat Herr Pouyouros in der Zwischenzeit ausgerechnet, was es bedeutet, wenn wir von der Veränderung des Steuerfusses ausgehen. Die Zahlen haben sich leicht geändert, denn wir gehen jetzt von 90% und nicht mehr von 92% aus, wie der Beschluss beim Budget war. Wenn wir vom Oktoberbrief ausgehen, 90%, dann heisst das: Veränderung Steuerfuss bei den Einkommenssteuern natürliche Personen minus 1'885'600 Franken, Vermögenssteuern minus 303'000 Franken, Quellensteuer minus 216'700 Franken. Das macht konkret 2.405 Mio. Franken aus. Das heisst, 1% runter. Die Vermögensgewinnsteuern – das ist die Grundstückgewinnsteuer – macht nochmals 100'000 Franken plus/minus aus. Also dann ist der ganze Fiskalertrag 2.505 Mio. Franken, der pro Prozent heruntergeht.

Patrick Portmann (SP): In aller Kürze, aber dem muss kurz entgegnet werden. Diese 40 Mio. Franken, die in den Raum geworfen wurden, das sind gebundene Kosten, höhere Ausgaben, aufgrund der Demografie. Menschen werden älter, werden betagter und verursachen mehr Kosten. Aber wir alle möchten eine gute medizinische Versorgung, werden älter, das verursacht Kosten. Höhere Bevölkerungsanzahl, es wurde heute mehrfach gesagt, der Kanton Schaffhausen wächst. Dementsprechend wächst der Service Public, dementsprechend die Ausgaben dafür. Aber das ist ja alles in unserem Sinn. Das wollen wir. Mit mehr Effizienz schaffen Sie das nicht. Das geht einfach nicht, sondern wir müssen doch den Status Quo erhalten. Wir kämpfen von linker Seite, um den Status Quo zu erhalten. Es stimmt einfach nicht, dass wir irgendwelche Luxusforderungen stellen oder wenn wir 40 Mio. Franken mehr ausgeben, dass das irgendwo versickert oder schlecht angelegt ist. Das ist für unsere Zukunft, für die älteren Menschen und für den Service Public. Das muss man berücksichtigen.

Kantonsratspräsident Stefan Lacher (SP): Dann haben wir die Rednerliste geschlossen. Ich möchte Ihnen bekanntgeben, wie ich bei der Abstimmung vorzugehen gedenke. Gemäss Geschäftsordnung müssen wir zuerst Anträge von Kantonsrätinnen und Kantonsräten untereinander ausmehren. Das wäre Antrag Daniel Preisig: 5% die Senkung des Steuerfusses auf 89% und Antrag Matthias Freivogel: keine Senkung des Steuerfusses - also Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses bei 94%.

Wir sprechen hier immer von den natürlichen Personen, dass das auch noch einmal gesagt ist. Der obsiegende Antrag von Daniel Preisig oder Matthias Freivogel wird dann dem Regierungsrat gegenübergestellt. Das ist eine Senkung von 2%. Wiederum wird daraus dann der obsiegende Antrag der GPK gegenübergestellt. Das wären 3%. Wir beginnen also mit der ersten Abstimmung: Antrag Daniel Preisig gegen Antrag Matthias Freivogel.

Abstimmungen

Dem Antrag der SVP-EDU-Fraktion (Daniel Preisig), den Steuerfuss für natürliche Personen auf 89% festzulegen, wird mit 34 : 20 Stimmen zugestimmt (SP-Fraktion, Matthias Freivogel, beantragt 94%).

Dem Antrag der SVP-EDU-Fraktion (Daniel Preisig), den Steuerfuss für natürliche Personen auf 89% festzulegen, wird mit 32 : 22 Stimmen zugestimmt (Regierungsrat beantragt 92%).

Dem Antrag der GPK, den Steuerfuss für natürliche Personen auf 91% festzulegen, wird mit 30 : 27 Stimmen zugestimmt (SVP-EDU-Fraktion, Daniel Preisig, beantragt 89%).

Patrick Portmann (SP): Die Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten und das Pflegepersonal im öffentlichen Anstellungsverhältnis werden als Staatspersonal bezeichnet. Wenn wir heute also über die Lohnmassnahmen sprechen, müssen wir unbedingt über diese drei sehr grossen Berufsgruppen sprechen. Diese drei Berufsgruppen machen zusammen – ich habe es vorhin schon gesagt – ungefähr 80 Prozent des gesamten kantonalen Personals aus. Exakt in diesen drei Berufsgruppen gibt es heute einen eklatanten Personalmangel. Nun werden Sie sagen, dass es diesen auch in anderen Berufsgruppen gibt und der Fachkräftemangel schweizweit und branchenübergreifend zum Tragen kommt. Diesbezüglich gebe ich Ihnen auch recht. Nicht nur wir hier im Kanton Schaffhausen leiden darunter, sondern auch die anderen Kantone um uns herum.

Aber wie Sie wissen, ist unser Handlungsspielraum und unsere Einflussnahme an einem kleinen Ort angesiedelt, und wir können nur bedingt Abhilfe schaffen. Aber dort, wo wir können, sollten wir das unbedingt tun. Wenn ich heute also vor Ihnen stehe, bitte ich Sie, die Debatte nicht in Links und Rechts oder Gewerkschafter- oder Steuersenkungsfraktion einzuteilen, sondern sich der Problematik der nicht konkurrenzfähigen Löhne der Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten und des Pflegepersonals anzunehmen. Die Budgetdebatte verkommt jedes Jahr

zu einem politischen Kräftemessen. Aber lassen wir das doch in Bezug auf die diesjährige und die nächsten beiden Lohnrunden einmal aus und konzentrieren uns nur auf die nüchternen Vergleichszahlen: Eine Pflegefachkraft mit CAS-Nachdiplomstudium in den Spitälern Schaffhausen verdient nach acht Jahren Ausbildung aktuell 5'960 Franken nach acht Jahren Ausbildung. Im Kantonsspital Winterthur KSW sind es derzeit 1'500 Franken mehr. Bei einer Fachangestellten Gesundheit – das ist eine Berufslehre – verdient eine Person in den Spitälern Schaffhausen 4'380 Franken nach der Lehre. In Winterthur sind es aktuell 5'210 Franken. Kurzum, in diesen Berufsgruppen wurden in den Nachbarkantonen die strukturellen Löhne innerhalb der letzten Jahre nach oben angepasst. Mir ist wichtig zu sagen: Meine Forderung ist nicht, dass wir die gleichen Löhne wie Winterthur oder die Stadt Zürich bezahlen, aber wir müssen unbedingt schauen, dass diese Lohnunterschiede nicht immer grösser werden. Diese Diskrepanz von 1'500 Franken oder 1'000 Franken ist einfach zu hoch. Es muss uns gelingen, nicht nur Leute hier auszubilden, sondern sie auch hier zu behalten. Sie müssen hierbleiben, sonst bilden wir immer nur aus und verlieren danach die Leute. Damit entstehen für den Kanton immense wirtschaftliche Schäden. Mir ist an dieser Stelle bewusst, dass es nicht nur um den Lohn geht, aber dieses ist nun mal einfach wichtiger Bestandteil eines jeden Angestellten. Nun, der Kanton Schaffhausen hat eine grosse Verantwortung gegenüber Ihrem Personal. Sie alle hier drin haben schon einmal von diesem Service Public profitiert. Soll dieser auch zukünftig gute Leistungen hervorbringen und generieren, müssen Sie, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte und Regierungsräte, Regierungsrätin in die Hosen steigen und Farbe bekennen. Das kostet und tut manchmal weh, ist aber in Bezug auf die öffentliche Sicherheit und in Bezug auf die Bildung und das Gesundheitswesen von hohem Wert. Jegliche Investition in diese drei Berufsgruppen ist also eine Investition in den Service Public und damit in den Standort Schaffhausen.

Ich komme zum Schluss: Dem Kanton Schaffhausen geht es finanziell gut. Dem Mittelstand und den Menschen im Tieflohnsektor jedoch nicht. Nicht gut genug jedenfalls. Schaut man sich die strukturellen Lohnmassnahmen der Nachbarkantone und Nachbarstädte der vergangenen zehn Jahre an, sieht man, dass unser Kanton zum Deutschschweizer Schlusslicht mutiert ist und jetzt dementsprechend in Zugzwang kommt. Daher sehe ich es als meine Pflicht, Ihnen heute einen Antrag auf eine Lohnerhöhung von 4% zu stellen, inklusive dem Teuerungsausgleich und des Mutationsgewinns. Ich spreche mich hier also für eine moderat höhere Lohnmassnahme von 0.25% im Vergleich zum regierungsrätlichen Antrag aus und bitte Sie, mir dies gleich zu tun. Noch etwas ganz Kleines habe ich vergessen: Die überwiesenen Vorstösse Rohner/Huber und Rohner/Schmidig sind ja in Bearbeitung. Ich hoffe diesbezüglich auf eine

Verbesserung bei den Lohnbandpositionen und auf verständliche und transparente Lohnbandeinstufungen in der Zukunft. Ich bin überzeugt, dass dies gelingen wird. Nur dürfen Sie nicht glauben, dass damit die Probleme der nicht konkurrenzfähigen Löhne gelöst wären. Diese werden dadurch konkreter und besser ausgewiesen.

Schauen Sie, man hatte Jahre lang Nullrunden – das hat mit dem EP14 zu tun – und jetzt ist es einfach so, dass die Teuerung dazukommt. Aber wir müssen strukturelle Lohnmassnahmen forcieren und das kostet einfach etwas. Von Personalverbänden des Kantons habe ich von Zahlen von 6 bis 7% gehört. Ja, das ist viel. Ich weiss es, aber wir müssen jetzt einfach Gas geben, damit wir die Leute, die hier ihre teure Ausbildung gemacht haben, auch bleiben.

Andreas Schnetzler (EDU): Wäre die letzte Abstimmung anders herausgekommen, stände ich jetzt nicht hier. Es geht um die Teuerung und Lohnentwicklung. Die Nationalbank warnte, dass jetzt wegen dem Krieg nicht so stark an der Lohnspirale zu drehen sei, weil sonst die Teuerung nach einem allfälligen Kriegsende nicht mehr zu bremsen sei. Wir haben den Antrag der Regierung gehört. Jetzt hat es noch einen zusätzlichen Antrag gegeben. Bei der Rechnungsabnahme – das können Sie nachlesen im Protokoll Nr. 10/22, Seite 26, ich zitiere: «Hier der Hinweis aus unserer Fraktion. Es gibt Vorstösse in diesem Rat, die für einzelne Berufsgruppen hängig sind. Hierbei soll der Regierungsrat zwingend vor der Budgetdebatte die berufsspezifischen Massnahmen vorlegen und nicht etwa mit Giesskanne für das Budget 2023 hohe Lohnmassnahmen fordern».

Ich kann Ihnen mitteilen, dass unsere Fraktion nicht ganz Wort hält. Wir tragen die 2% Teuerung mit. Wir tragen auch die 0.5% Mutationsgewinn zur individuellen Verwendung mit. Das 1% strukturelle, gefordert von der Regierung, halten wir Wort zur Sitzung 10, wie angekündigt: Das lehnen wir ab. Die Regierung stellt noch den Antrag 0.25% individuell. Wir stellen Ihnen den Antrag hier noch 0.5% individuell einzustellen. Warum das? Die drei überwiesenen Vorstösse – die betroffenen Personen und Organisationen warten jetzt – die Lehrpersonen, Polizei und Pflegeberufe – bis das umgesetzt wird. Jetzt liegt wieder ein Antrag vor, nicht spezifisch für die Berufsgruppen, sondern eine Forderung für die gesamte Personalentwicklung.

Die Umsetzung der berufsspezifischen Massnahmen – das hat uns die Regierung angekündigt – wird uns einiges kosten. Da kommen grössere Beträge auf uns zu und dem sind auch wir Bürgerlichen uns bewusst. Darum wollen wir jetzt nicht zu intensiv an der Lohnschraube drehen, sondern das Geld dort Berufsgruppen spezifisch, wie wir es bei der Überweisung der Vorstösse gefordert haben, einsetzen. Kantonsrätin Linda De

Ventura hat in ihrer Fraktionserklärung die Lehrerlöhne erwähnt. Wir haben das und auch diesen Vorstoss nicht vergessen. Wir sind uns bewusst, dass diese Vorlagen kommen und dass diese Vorlagen nicht gratis sind. Aber mit unserem Antrag bleibt der Druck auf die Regierung gross, damit diese berufsspezifischen Massnahmen wirklich kommen und wir nicht jetzt einfach hingehen und wieder über alle Lohn- und Arbeitsgruppen verteilen.

Dann haben wir auch noch den Vorstoss Lohnfreiheit beim Spital. Auch den haben wir dem Regierungsrat überwiesen. Es wurde auch erwähnt: Das erste Jahr bezahlt der Kanton die Lohnerhöhung beim Spital. Aber nachher das Spital. Denken Sie zurück, als wir das letzte Mal den Lohn erhöhten. Von der Spitalleitung konnten wir negative Reaktionen lesen, weil sie keine Freude an ihrem Beschluss hatten, den sie nachher nachvollziehen müssen, weil sie eigentlich auf die Vorlage der Regierung warten, dass sie Freiheiten bekommen, dort einzugreifen, wo es nötig ist und nicht überall eingreifen, wo es zum Teil vielleicht etwas anders aussieht. Genau darum möchten wir die 1% strukturelle Erhöhung von der Regierung nicht unterstützen, dafür ein ganzes Prozent individuell. Wie gesagt, 2% Teuerung, 1% individuell, bestehend aus 0.5% Mutation und zusätzlich 0.5% individuell. Aber eben, ohne die 1%. Dies der Antrag unserer Fraktion, den ich hier stellen darf.

Kantonsratspräsident Stefan Lacher (SP): Ich möchte an dieser Stelle kurz ergänzen, dass Sie zwar die Lohnprozente insgesamt fordern können, aber den Splitt die Regierung unter sich ausmachen wird. Einfach, dass das hier noch klar erwähnt worden ist.

Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP): Ich möchte klarstellen, dass der Auftrag für die Änderung des Lohnsystems bei den Spitälern nicht von den Spitälern bestellt wurde, sondern dass der von Christian Heydecker in Auftrag gegeben wurde. Ich habe es vorhin so verstanden, wie wenn Sie sagen, die Spitäler haben das bestellt. Das wollte ich einfach noch einmal klar sagen.

Peter Neukomm (SP): Ich wollte eigentlich gleich auf Lorenz Laich reagieren, aber ich mache das jetzt nun bei der Lohndiskussion. Trotzdem darf das nicht so im Raum stehen, was er gesagt hat. Lieber Lorenz: Nicht alles, was in der Zeitung steht, ist auch richtig. Deshalb ist es mir ein Anliegen, hier entsprechend zu erklären, wie das wirklich ist. Das, was in der Zeitung stand, waren *fake news*. Ich erkläre gerne wie das mit diesen 4.5% ist. Die Aussage, das städtische Personal erhält 4.5% mehr Lohn, ist falsch. Die Lohnsummenentwicklung für das Budget 2023 beträgt 2.75%. Davon wird 1% individuell verteilt. Individuell heisst, dass nur

diejenigen Leute, die eine gute oder sehr gute Qualifikation haben – das sind die Leistungsträger – welche etwas davon sehen werden. Nicht alle. 1.75% werden generell verteilt. Das bekommen alle, die in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis stehen. Also diejenigen, die in einem OR-Verhältnis sind nicht. 1.75% der Teuerung, die zurzeit über 3% ist – die massgebliche – gleichen wir aus. Das ist wirklich moderat. Jetzt zu den 1.75%, die noch fehlen: Diese 1.75% ist die strukturelle Anpassung, die dieser Rat hier beim Kanton 2019 beschlossen hat. Weshalb hat er das beschlossen? Es ging darum, dass die PERSUISSE-Vergleiche – die Personaldirektorin weiss das – aufgezeigt haben, dass die Löhne im Kanton Schaffhausen weiter ins Hintertreffen geraten sind; im Vergleich zum Markt, insbesondere auch zu unseren Nachbarkantonen. Aber nicht nur gegenüber den Nachbarkantonen, sondern auch gegenüber vielen anderen Kantonen.

Bei den strukturellen Verbesserungen hat dieser Rat gesagt: Ja, das machen wir. Wir haben 2019 diese 1.75% gesprochen. Dann war es in 2020 oder 2021 noch einmal 0.5%. Das Ziel war ja eigentlich 3% strukturelle Verbesserung. Strukturelle Verbesserungen – vielleicht zur Erklärung, was das heisst: Das heisst auch nicht, dass alle Mitarbeitenden hier mehr Geld erhalten, sondern das Geld wird gebraucht, um die Lohnstruktur anzupassen. Die Lohnbänder wurden bei der strukturellen Veränderung angepasst. Das heisst, die kantonalen und die städtischen Lohnbänder begannen sich voneinander weg zu bewegen. In der Vergangenheit war es immer wichtig, dass wir dafür gesorgt haben, dass die Lohnbänder zwischen Stadt und Kanton einigermaßen zu vergleichen sind. Deshalb hat die Stadt beschlossen, diese strukturellen Veränderungen nachzuziehen. Man hat das bis in dieses Jahr verschoben, weil die Rohbudgets immer sehr schlecht waren. Die Ergebnisse waren dann immer sehr gut. Sie kennen die Geschichte. Jetzt sind die 1.75%, die der Kanton 2019 beschlossen hat, für diese Strukturverbesserung eingestellt.

Kurt Zubler (SP): Gerne nehme ich Stellung auf den von Andreas Schnetzler vorgebrachten Antrag der SVP-Fraktion. Es hat mich schon ganz zu Beginn, als Sie das angekündigt haben, irritiert. Ihr Ansatz war ja, wenn wir 5% senken, sagen wir auch zu dieser Lohnerhöhung Ja. Aber das ist eine völlig komische Mechanik, die Sie da propagieren. Was ist dann? Was finanzieren wir mit diesen Steuern? Wir sind uns einig, dass wir einen guten Service public wollen. Wir wollen das, was unser Kanton braucht. Dafür benötigen wir Personal. Das verursacht Kosten. Das ist klar. Wenn wir jetzt sagen, die Situation ist so: Wenn wir uns einig sind, dass hier eine Lohnerhöhung notwendig ist – sei es wegen der Teuerung, sei es, weil wir nicht konkurrenzfähig sind, sei es, weil es die Personen verdienen. Dieser Meinung sind wir eigentlich alle. Wenn wir

also diese Lohnerhöhung einsehen und dieser Meinung sind, müssen wir sie beschliessen. Das ist die eine Seite.

Entweder wollen wir diesen Service Public und wollen diese Ausgaben bezahlen und dafür brauchen wir Steuern. Wenn diese Ausgaben höher werden, weil die Löhne höher werden, müssen wir mehr Ertrag haben. Aber was Sie jetzt heute vorgeschlagen haben, ist eigentlich das Gegenteil. Sie sagen: Wir sind einverstanden, dass wir mehr Lohn geben, mehr Ausgaben produzieren, aber nur, wenn wir dafür weniger einnehmen. Also, die Steuern weiter senken, dann sind wir auch bereit für mehr Ausgaben. Das ist doch völlig absurd. Sie müssen sagen: Wir sind für diese Lohnerhöhung, die leuchtet uns ein oder eben nicht und das begründen. Oder wir sind für mehr oder weniger Steuern und das begründen. Aber, dass sie das aneinanderkoppeln, ist völlig absurd. Das ist keine Realität, denn Sie schlagen uns quasi einen doppelten Verlust vor. Einerseits höhere Ausgaben und andererseits weniger Einnahmen. Das ist jetzt also der *Deal*. Also, Sie sagen, wir wollen Ihnen das als Deal vortragen. Aber es hat keine sinnvolle Basis. Eines sind die Ausgaben und das andere sind die Einnahmen. Jetzt sprechen wir über die Ausgaben und da ist es richtig, weil es das Personal verdient und weil wir konkurrenzfähig sein wollen, dass wir diese Lohnerhöhung sprechen.

Matthias Freivogel (SP): Ich kann es Ihnen nicht ersparen. In der NZZ – ich zitiere sehr gerne, wenn ich das den bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen präsentieren darf – stand am 9. November: «Die Inflation steigt stärker als der Lohn». So ist es, meine Damen und Herren. Das sagt die NZZ, gestützt auf eine UBS-Studie. Dann wird gesagt, das werde zwar von einer vergleichsweise eher geringeren Zahl von Arbeitgebern so eingeschätzt, dass das die wichtigste Lohnkomponente sei. Das sage ich der Vollständigkeit halber auch. Als die wichtigeren Faktoren als die Teuerung nennen die befragten Betriebe die finanzielle Lage der Firma. Jetzt haben Sie uns schon die längste Zeit gepredigt – und langsam glaube ich es auch – die finanzielle Lage der Firma, die finanzielle Lage des Kantons ist gut. Also Punkt eins ist erfüllt für die Lohnerhöhung. Dann weiter die Erfahrung und die Leistung des Einzelnen – meine Damen und Herren, die Einzelnen, es gibt zahlreiche in diesem Kanton, die für uns gearbeitet haben, als Service Public, nicht zuletzt während Corona, während anderen Herausforderungen – war gut. Das kann man sagen. Also die Leistung war gut und wir haben erfahrenes Personal. Jetzt kommt die dritte Komponente – die laut UBS für die Arbeitgebenden der Privatwirtschaft wichtig ist – sowie die Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt. Da können Sie sagen, was Sie wollen: Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig oder sicher knapp dran. Die drei Kriterien sind erfüllt, die von der Privat-

wirtschaft als die Wichtigsten erkannt werden. Trotzdem wollen Sie dem nur schmalbrüstig entsprechen.

Jetzt hat unsere Finanzdirektorin gesagt, sie sei – ich sage es etwas salopp, Sie verzeihen mir das – Sie seien die Mutter der Porzellankiste. Ich würde sagen, mit unserem Antrag, den ich voll unterstütze, ernenne ich mich zum Vater dieser Kiste. Wir müssen wirklich für den Kanton etwas tun und auch bei der Inflation. Sie wollen, es ist aber die Verteilung des Regierungsrats mit der Regierungspräsidentin an der Spitze, 2% dafür nehmen. Aber die Inflation ist klarerweise 3%. Das sagt die UBS und das sagt auch die NZZ. Jetzt stellt sich doch die Frage: Wollen Sie das wirklich, die Inflation nicht ausgleichen? Ich habe gehört, die negative Inflation sei auch nicht berücksichtigt worden in der vergangenen Zeit und deshalb seien das nur 2%. Diejenigen des Staatspersonals, die etwas davon verstehen, haben das auch ausgerechnet. Dort ist herausgekommen, dass wenn wir das berücksichtigen würden, etwa 2.4 bis 2.5% ausgleichen würden, um diese negative Inflation, die es einmal gegeben hat, nicht überzubewerten. Deshalb ist der Antrag von Patrick Portmann in zweifacher Hinsicht angezeigt: a) wegen der Inflation und b) wegen den Voraussetzungen, die ich Ihnen vorhin erläutert habe.

Lorenz Laich (FDP): Es ist unbestritten, dass wir eine Phase der Teuerung haben. Das ist absolut richtig. Wir haben das seit dem 4. Quartal 2021. Die Teuerung ist für schweizerische Verhältnisse ungewohnt hoch. Zum Glück nicht so hoch wie im EU-Raum, wo sie 11% ist, oder im Bereich des englischen Pfundes, wo sie bei rund 13% sind. Darüber können wir sehr froh sein. Wenn ich aber auf der Seite des Bundesamtes für Statistik nachschaue – ich erlaube mir das schnell zu zeigen – dann haben wir jetzt hier diesen Ausschlag von der Teuerung, aber wir haben auch hier während längerer Zeit eine Teuerung die im Minus gewesen ist, gehabt. Klar habe ich Verständnis, dass natürlich jetzt die Nennung der Teuerung einen grossen Stellenwert hat. Aber ich erinnere daran: Wir hatten in den Jahren 2014 bis 2016 – oder auch schon vorher in den Jahren 2010 bis 2012 – Nonstop negative Teuerungen. Da haben wir eigentlich auch nie davon gesprochen, die Teuerung sei auszugleichen, sprich, es sei ein Minus einzubringen. Ich bin auch überzeugt, dass Herr Jordan und seine Belegschaft alles daransetzen werden, um diese Teuerung in den Griff zu bekommen. Wenn man die jüngsten Zahlen anschaut, dann sieht man auch, dass die Teuerungszahlen glücklicherweise zurückkommen und wir vermutlich dann schon in Bälde Teuerungsraten haben werden, die eine zwei vor dem Komma haben. Das ist sicherlich wünschenswert und auch zu hoffen, dass das so entsprechend eintritt.

Man kann es auch anders ansehen und den Landesindex der Konsumentenpreise über die letzten Jahre betrachten. Wenn wir das anschauen,

der Index des Jahres 2010, der bei 100 Punkten begann, liegt heute bei 102.6 Punkten. In 21 oder knapp 22 Jahren 2.6. Wenn man den Landesindex nimmt, der von 2015 von 100 Punkten ausging, liegen wir dort bei 105.5 Punkten. Wir haben also zum Glück in der Schweiz moderate Teuerungsrate *à la longue*. Es ist immer ein bisschen der Punkt, in dem man dann sagt: Ja, gut, wir haben jetzt eine hohe Teuerung und jetzt müssen wir sofort die Löhne anpassen. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis, aber ich bin auch der Überzeugung, dass die Teuerung zurückgehen wird. Das muss man sicherlich in den Überlegungen mitberücksichtigen. Insofern habe ich ein gewisses Verständnis für das Votum von Kantonsrat Andreas Schnetzler. Ich bin gespannt, wie die Diskussion diesbezüglich weiter verläuft, aber wir müssen diesen Aspekt im Fokus behalten.

Arnold Isliker (SVP): Ich möchte jetzt Patrick Portmann erwidern: Ich wollte heute Mittag einen ehemaligen Lehrling besuchen. Er arbeitet jetzt im Gefängnis und war früher in der Pöschwies. Leider war er nicht dort, weil er frei hat. Eine Dame am Sprechempfang hat mich im feinsten Hochdeutsch empfangen: «Was wünschen Sie, wen wollen Sie sprechen?» Woher kommt die Dame? Sie kommt von nach der Grenze. Mich würde interessieren, wie viele Grenzgänger der Kanton Schaffhausen beschäftigt, die aus dem deutschen Raum rekrutiert werden. Die einen gehen von uns weg nach Winterthur und nach Zürich. Was holen wir? Wir holen sie aus dem deutschen Grenzraum. Die Behörden schimpfen, weil sie bei uns die doppelten Lohnsummen kriegen und die kommen dann zu uns. Also, es ist ein Nullsummenspiel. Hört doch endlich auf mit den Lohnforderungen.

Iren Eichenberger (GRÜNE): Wir haben jetzt viele Begründungen gehört, weshalb man wie viele Prozente oder Halbprozente dazugeben kann. Aber Fakt ist doch: Wir haben nicht davon gesprochen, dass dieser Preisentwicklungsindex niemals die ganze Wahrheit ist. Die ganze Wahrheit ist nämlich, dass die Leute plus 6.6 Prozent mehr Krankenkassenprämien bezahlen. Diese Entwicklung wird nicht weggeblasen sein in einem oder zwei Jahren. Damit kommen wir zum Antrag von Patrick Portmann, also darum, wenn Sie keinen Reallohnverlust und den Erhalt der Kaufkraft wollen, überlegen Sie sich das gut.

Patrick Portmann (SP): Zu Arnold Isliker: Es gab bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern eine Zeit, da ging die Idee auf, dass Leute aus dem grenznahen Frankreich in der Westschweiz, bei uns aus Deutschland, im Bündnerland aus Österreich im Pflegeberuf arbeiten kamen und quasi das Nicht-Ausbilden der Leute in der Schweiz ausgleichen konnten. Diese Zeiten gab es. Es sind heute aber bedeutend weniger Personen,

die als Grenzgängerinnen und Grenzgänger hier in Schaffhausen in diesen Berufen arbeiten. Bei der Polizei wissen Sie, ist das gar nicht möglich. Bei den Lehrerinnen und Lehrern kann ich das nicht beurteilen. Dort bin ich zu wenig nahe dran. Aber in der Care-Arbeit, in diesen zum Teil niederschweligen Bereichen, haben wir Migrantinnen, Migranten, Schweizerinnen und Schweizer, auch immer noch Leute aus Deutschland. Aber es sind deutlich weniger. Wenn es in der Care-Arbeit um die Fachkräfte geht, also um Leute mit einer höheren Ausbildung, ist das einfach eingebrochen. Diese Zahlen sind eingebrochen. Das hat damit zu tun, dass vielleicht nicht alle unter diesen Bedingungen arbeiten möchten. Dann kommt hinzu, dass sich die Löhne im süddeutschen Raum innerhalb der letzten 5 bis 7 Jahre verbessert haben. Es ist also nicht mehr genügend attraktiv oder interessant, einen sehr langen Arbeitsweg auf sich zu nehmen, um hier arbeiten zu kommen. Deshalb hat sich diese Situation verändert oder eben für uns verschlechtert.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich gebe Ihnen gerne noch ein paar *Inputs*. Es wurde wegen der Teuerung moniert. Es ist so: Wir haben im Kanton zum letzten Mal im Jahr 2009 den Teuerungsausgleich bezahlt. Wenn ich die positive Veränderungsrate von 2010 bis jetzt – der Indexstand ist Juli 2022 anschau, dann habe ich eine positive Differenz von 3.4. Wenn ich das Negative verrechne – also 3.4 plus 2.7, was wir jetzt haben, 3.4 war der Indexstand im Sommer, 2.7 ist das, was nicht ausgeglichen wurde, weil es immer unter 1 Prozent war – und wenn ich die negative Rate anschau, komme ich auf minus 3.2 Prozent. Das sind also Negativteuerungen. Wenn man das jetzt abzieht 6.1 Prozent minus 3.2 Prozent – das, was nicht ausgeglichen wurde, negativ – landen wir bei einer Teuerungsrate von 2.9 Prozent. Im Personalgesetz ist, im Gegensatz zu früher, nicht mehr der volle Teuerungsausgleich vorgesehen, sondern nur ein angemessener. Der Kanton bzw. die Regierung hat 2% als angemessenen Ausgleich der Teuerung angeschaut. Im Übrigen gleicht kein Kanton der umliegenden Kantone die Teuerung voll aus, mit Ausnahme des Kantons Zürich. Es gibt noch die Kantone Genf, Neuchâtel und Wallis, die das auch im Gesetz drin haben. Im Fall des Kantons Wallis bestimmt nicht der Kantonsrat, sondern der Regierungsrat, also der Staatsrat. So viel zur Teuerung, die wäre also 2.9% und wir haben 2% als angemessen mit Blick auf das Personalgesetz angeschaut.

Weiter wurde unterschwellig gesagt, was denn jetzt mit den beiden Postulaten geschieht. Mein Kollege Walter Vogelsanger hat bereits die Motion von Christian Heydecker erwähnt. Aber wir haben noch die Postulate von Katrin Huber und Raphaël Rohner sowie das Postulat von Raphaël Rohner und Rainer Schmidig. Das wurde von Ihnen entgegengenommen

und umgewandelt in dem Sinne, dass wir einmal schauen, wie wir bei den Löhnen stehen und das allgemein überprüfen. Dazu kann ich sagen, dass man jetzt bereits schon recht gearbeitet hat. Es gibt eine Steuerungsgruppe, die aus Vertretern der Departemente sowie je einen Vertreter oder einer Vertreterin der Polizei, Gerichte, Spitäler, Schulen, der Stadt Schaffhausen, den Verbänden und einem Bindeglied zur Politik besteht. Dieses Gremium hat mittels zweier Umfragen die Anliegen sämtlicher Dienststellen und dazugehörigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Schaffhausen ein erstes Mal eingeholt und hat sie dann auch ausgewertet. Jetzt sind wir bei einem weiteren Schritt. Die zu untersuchenden Themenfelder sind definiert, die Fragenstellungen sind formuliert und einige wegweisende Entscheide wurden bereits gefällt bzw. vorbesprochen und man hat das weitere Vorgehen darauf ausgerichtet. Geprüft werden jetzt unter anderem die Einstiegsgehälter, die Lohnentwicklung und der interkantonale Vergleich. Ende dieses Jahres wird dann entschieden, ob das Datenmaterial, worüber wir verfügen, ausreichend ist, und allenfalls muss man noch externe Unterstützung für weitere Abklärungen haben. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass es nicht sehr einfach war, dieses Datenmaterial von anderen Kantonen zu erhalten. Zum Teil haben sich diese gesperrt. Also das war eine echte Sisyphusarbeit seitens des Personalamts, diese Daten erhältlich zu machen.

Wenn jetzt alles so läuft, wie wir uns das vorstellen, sollte im ersten Halbjahr 2023 ein Entscheid des Regierungsrats vorliegen, wie man weiter vorgeht. Wenn man diese Daten alle ausgewertet und diese Fragen beantwortet hat, geht das in den Regierungsrat und dann hofft man, dass man in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres eine Vorlage haben wird. So viel zum Fahrplan. Vielleicht kann mein Kollege Patrick Strasser noch etwas zu den Lehrerlöhnen sagen.

Was wir aber sagen müssen, ist Folgendes: 2016 hat der damalige Regierungsrat gesagt, dass eine strukturelle Lohnerhöhung im Umfang von 3% für Lohnmassnahmen unabdingbar ist. Diese Aussage wurde immer wiederholt. Auch von den Personalverbänden, von der PeKo, wurde immer wieder darauf beharrt, dass man dies macht. Herr Kantonsrat Neukomm hat vorhin erwähnt, wir hätten eigentlich 2% ausgeglichen. Einmal haben wir die grosse strukturelle Lohnerhöhung mit 1.25% gemacht, das war im Budget 2020, und das Jahr zuvor haben wir 0.25% strukturell ausgeglichen. Damit fehlt uns noch 1%, und der Regierungsrat legt sehr viel Wert darauf, dass wir jetzt dieses eine Prozent ausgleichen. Wir wollen reinen Tisch haben, bevor wir jetzt diese Neuausrichtung des Personalgesetzes anpacken. Ich möchte nochmals betonen, dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass wir eine strukturelle und eine individuelle Lohnerhöhung machen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, 2% Teuerung, 1% strukturell und 0.75%, inklusive 0.5% Mutationsgewinn, individuell.

Strukturell heisst auch bei uns, dass diejenigen Personen, die eine ungenügende Beurteilung haben, nicht teilnehmen.–Auch bei der individuellen Lohnerhöhung nehmen Leute, die ungenügend beurteilt werden, nicht an diesen Lohnentwicklungsmassnahmen teil. Ich möchte nochmals sagen, der Grossteil der Betroffenen befindet sich in den uniformen Berufen. Das sind also die Polizistinnen und Polizisten, die Lehrpersonen oder Leute in der Pflege. Da können wir jetzt gezielt auch etwas machen, weil die meisten davon betroffen sind. Ich habe nur noch eine kleine Anmerkung zu dem, was Herr Patrick Portmann gesagt hat. Es dürfen keine ausländischen Staatsangehörige als uniformierte Angehörige des Polizeikorps angestellt werden. Aber wir haben sehr wohl Zivilpersonen, die nicht über einen Schweizer Pass verfügen und bei der Polizei arbeiten.

Abstimmungen

Antrag Patrick Portmann: Entwicklung Lohnsumme 4% / Antrag Andreas Schnetzler: Entwicklung Lohnsumme 3%. Mit 31 : 21 Stimmen wird dem Antrag von Andreas Schnetzler der Vorzug gegeben.

Antrag Andreas Schnetzler: Entwicklung Lohnsumme 3% / Antrag GPK: 3.75%. Mit 28 : 26 Stimmen wird dem Antrag der GPK der Vorzug gegeben.

Rebsteuer

Kurt Zubler (SP): Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen – auch wenn das ein altes Anliegen von Kollege Müller ist – dass die Rebsteuer auf null gesetzt wurde. Kollege Markus Müller hat das immer damit begründet, dass das alle nicht wollen. Unsere Informationen aus Winzerkreisen waren, dass dem eigentlich überhaupt nicht so ist. Wir wurden gebeten, uns dafür einzusetzen, und zwar aus Winzeroptik, diesen Beitrag nicht zu kürzen. Sondern auch vor allem den Regierungsrat dazu zu ermuntern, dass die Mittel, die schon vorhanden sind bzw. die damit auch eingenommen werden, vermehrt in innovative Projekte im kantonalen Rebbaubau eingesetzt werden sollen. Ich setze mich deshalb im Namen dieser Winzer dafür ein, dass diese Rebsteuer auf 1 Franken belassen wird, und ermuntere die Volkswirtschaftsdirektion – zusammen mit den Winzerkreisen – dafür zu schauen, dass zielgerichtet Projekte, die den Weinbau im Kanton Schaffhausen innovativ – auch im Rebberg selbst weiterbringen – gefördert werden. Uns wurde auch gesagt, der Beitrag ist für einen Winzer so nicht bedeutend, aber der Hebel, der hier eingesetzt werden könnte, wäre wichtig. Deshalb sollen wir uns dafür einsetzen, dass das nicht gekürzt wird.

Markus Müller (SVP): Lieber Kurt Zubler: Ich muss dich enttäuschen. Es war nicht ich, der das bestimmt hat. Es war etwas unglücklich, es sollte eigentlich bereits im Budget so sein. Das wurde vergessen, dass sagt vielleicht der Volkswirtschaftsdirektor noch, und deshalb ist es dann halt in den Oktoberbrief gelangt. Ich würde mir nie anmassen, dass ich in das Feld von Patrick Portmann trete und als Personalvertreter spreche. Gleich anmassend finde ich es etwas von dir, als Winzervertreter zu sprechen. Ich glaube, da sind mehr Leute hier im Saal, die sich eher als Winzervertreter bezeichnen können. Ich war immerhin seit Beginn auch im Branchenverband und kann da schon noch etwas sagen. Auch Kollege Beat Hedinger und andere. Wir sind am Systemwechsel. Wir nennen das Systemwechsel. Systemwechsel bedeutet, dass wir diese Kasse runterbringen wollen. Denn sonst kommt der Kampf um das Geld, das drin ist, verteilen wieder. Diese Steuer ist überholt, die macht keinen Sinn mehr. Die Projekte, wovon du schwärmst, finden nicht mehr statt. Die Rebsteuer wurde damals eingeführt wegen der Reblaus, aus den USA eingeschleust. Die Reblaus gibt es zum Glück nicht mehr. Was machen wir damit? Es wird jetzt einfach verteilt und versickert. Jetzt wollen wir einen Systemwechsel und das ist ein guter Beginn. Jetzt einfach eine Steuer einzuführen oder fortzuführen, weil es eine Steuer ist, weil Ihr von der SP gerne Steuern erhebt, ist Unsinn. Ich kann dir auch sagen, mir ist es finanziell egal, ich bezahle 7.30 Franken Steuer. Das ist relativ wenig, wenn sie bleibt. Aber es ist einfach unsinnig und man sollte mit etwas aufhören, das keinen Sinn mehr macht. Die Winzer, und zwar die Winzer, die mitsprechen können, die Erfahrung haben und die etwas vom Business verstehen, sind dafür, dass man diese Steuer aufhebt.

Beat Hedinger (FDP): Festzuhalten ist, dass der Kanton bei der Rebsteuer keinen Franken ausgibt, sondern das wird von den Rebleuten selbst bezahlt. Dann sind wir im Branchenverband seit knapp einem Jahr mit einem neuen Vorstand unterwegs, der schon verschiedene Unternehmungen vorgenommen hat, um das System zu ändern. Man hat auch mit den Zahlen gearbeitet, man hat Beiträge bei den Rebbauern von 3.5 auf 2.5% reduziert und so weiter. Also, wir sind an einer Restrukturierung unserer Branche allgemein. Der gesamte Vorstand – das haben wir auch gegenüber dem Volkswirtschaftsdepartement so festgehalten – ist einstimmig der Meinung, jetzt noch an dieser Rebsteuer festzuhalten, da diese einen gewissen Spielraum lässt, um auch ökologische und andere Sachen zu unternehmen. Auch wenn Markus Müller immer wieder das selbe sagt, es versickere. Nein, es versickert nicht, es ist klar ausgewiesen, wo diese Gelder hingehen. Dementsprechend bitte ich, bei dem einen Franken zu bleiben. Nochmals: Der Kanton Schaffhausen gibt keinen einzigen Franken für diese Rebsteuer aus, sondern nur die Rebleute sel-

ber. Der gesamte Vorstand ist also der Meinung, das so zu belassen. Die Reform, die jetzt im Rebbau läuft – und sie läuft – dass diese entsprechend dort gehandhabt wird. Dann werden Gespräche geführt und geschaut, wie man das kompensieren kann, wenn es so weit ist. Also, bitte belassen Sie das doch, auch wenn es für die einen ein alter Zopf ist. Dieser Franken tut dem Kanton nicht weh, er muss nicht bezahlt werden, sondern von den Rebbauern selber. Bitte bleiben Sie bei diesem Franken pro Are.

2. Vizepräsident Erich Schudel (SVP): Ich habe mich sehr gefreut, dass die GPK hier den Antrag null gestellt hat. Die Rebsteuer ist kein alter Zopf, sondern ein uralter Zopf. Diese bezahlen nämlich alle Rebbauern – auch die Hobby-Rebbauern – und das ist eine reine Strafsteuer. Die braucht es nicht. Wir müssen nicht mehr den Rebbau verhindern oder die Reblaus bekämpfen; es hatte nämlich einmal ein bisschen zu viel Rebbau in diesem Kanton, aber das ist 100 Jahre her. Aber in der Zwischenzeit braucht es sicher nicht mehr eine eigene Steuerstruktur für diesen 1 Franken pro Are Rebsteuer. Das muss abgeschafft werden. Ich hoffe, dass nicht nochmals ein Rückzieher kommt. Ich würde beliebt machen, beim GPK-Antrag zu bleiben, damit man jetzt nicht wieder verzögert, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag und in 50 Jahren unsere Enkel noch eine Rebsteuer im Kantonsbudget drin haben.

Kurt Zubler (SP): Markus Müller, ich habe in keiner Art und Weise gesagt, ich sei Winzervertreter. Ich habe gesagt, wir hätten mit Winzern gesprochen, mit Berufswinzern. Und offensichtlich scheint sich hier eine Hobby-Winzer gegen die Berufswinzer-Lobby aufzulehnen. Die Reblaus ist lange her. Es gibt noch die Verwirrungstechnik und ganz andere Dinge. Ich kann auch sagen: Ich bin gelernter Winzer, habe eine Lehrabschlussprüfung als Winzer und bin schon lange in der Rebschaukommission der Stadt Schaffhausen. Aber das hätte ich gar nicht gesagt, wenn nicht jetzt diese Disqualifikationsrunde eingeleitet worden wäre. Wir haben aber jetzt von einem Vertreter, vielleicht auch eher der Berufswinnerschaft oder der Branche, gehört, der es doch anders sieht. Ich bitte Sie, dem zuzuhören. Wir haben uns nicht als Winzer aufgestellt, wir haben mit Winzern gesprochen, wie sie das sehen. Wir waren erstaunt, dass sie eine völlig andere Haltung haben, als jetzt die Hobby-Winzer-Fraktion in unserem Rat.

Regierungsrat Dino Tamagni (SVP): Die Rebsteuer ist keine Steuer, sondern es sind Beiträge. Der Kantonsrat befindet über diese Beiträge und diese fliessen nachher in einen Fonds. Dieser Fonds ist zurzeit mit rund 90'000 Franken geüfnet. Das heisst, wir brauchen etwa 40'000

Franken im Jahr, und das würde uns gut zwei Jahre reichen, ohne dass etwas passieren würde. Diese Zeit wollen wir uns nehmen, das neu zu organisieren. Was passiert aber, wenn wir jetzt in dieser Zeit nichts verlangen, also keine Beiträge verlangen, sondern den Fonds verwenden – wie Sie es eigentlich mit dem Eigenkapital bei den Steuern machen wollten. Wir brauchen diesen ein wenig auf und entlasten die Winzer in diesem Jahr und möglicherweise auch im nächsten Jahr und vielleicht dann für immer, damit sie diesen Franken pro Hektare nicht bezahlen müssen. Sie werden im Prinzip jetzt entlastet, wenn die Düngerpreise, die Pflanzenschutzmittelpreise sehr hoch sind und auch die Energiepreise an und für sich gestiegen sind und eine grosse Teuerung bei den Winzern durchgekommen ist. Es passiert hier eigentlich nichts, sodass wir bedenkenlos zwei Jahre diese Beiträge auf null setzen können, bis wir mit der Revision des Landwirtschaftsgesetzes kommen. Dann wird sich zeigen, wie wir weiterverfahen werden. Es ist aber auch so, dass normalerweise bei einem Branchenverband die Beiträge nicht vom Staat eingezogen werden. Das ist bei den Bierbrauern, bei den Juristen oder beim kantonalen Gewerbeverband so. Die ziehen alle ihre Beiträge von ihren Mitgliedern selber ein. Das ist der Gedanke, der da spielen sollte. Das kann auch der Branchenverband Blauburgunderland für ihre Mitglieder machen. Das heisst, dass sie direkt ihre Branche selbst unterstützen. Das ist die Idee, die dahintersteckt. Ich glaube, mit dem Branchenverband hat man dies auch andiskutiert. Nachher wird das Landwirtschaftsgesetz entsprechend eine Auslegung haben, damit wir den Branchenverband wieder konsultieren können, ob sie mit einer Möglichkeit, die dann kommen könnte, leben kann oder auch nicht. Dann werden wir es hören. Also, wir machen nichts einfach so. Aber für den Moment ist es sicher gut, wenn Sie die Branche oder die Winzer entlasten können. Es passiert nichts.

Abstimmungen

Dem Antrag der GPK, die Rebsteuer auf 0 Franken pro Are festzulegen, wird mit 30 : 24 Stimmen zugestimmt (Antrag Kurt Zubler: 1 Franken pro Are).

Den Verpflichtungskrediten (25'158'100 zulasten Erfolgsrechnung und 31'246'200 Franken zulasten Investitionsrechnung) wird mit 53 : 2 Stimmen zugestimmt.

Dem Kreditbeschluss für die Aufwertung der Klettgauerstrasse/RhyTech-Areal wird mit 53 : 1 Stimmen zugestimmt.

Dem Kreditbeschluss für die Umgestaltung Knoten Kesslerloch H15 und A4 Thayngen wird mit 54 : 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Kreditbeschluss für den Kauf der Liegenschaft Schweizersbildstrasse 64 in Schaffhausen wird mit 51 : 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Kreditbeschluss für die Ausgaben zum Wasserwirtschaftsplan wird mit 38 : 17 Stimmen zugestimmt.

Dem Globalkredit für die Spitäler Schaffhausen in der Höhe von 68'594'000 Franken wird mit 55 : 0 Stimmen zugestimmt.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Ich möchte Ihnen nur der guten Ordnung halber mitteilen, dass Sie im Verlaufe des heutigen Nachmittags den Verpflichtungskredit betreffend Charlottenfels bereits beschlossen haben. Der ist jetzt nicht mehr einzeln aufgeführt. Es wird ein entsprechendes Dokument, also einen separaten Beschluss – da das ja auch referendumsfähig ist – ausgefertigt werden.

Abstimmungen

Die Beiträge des Energieförderprogramms in der Höhe von 11'000'000 Franken werden mit 39 : 11 Stimmen bewilligt.

Die Budgets der Spezialverwaltungen (KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds und Genehmigung Bauernkreditkasse werden mit 51 : 1 Stimmen genehmigt.

Der Auflösung der finanzpolitischen Reserve Grossprojekt «Wirtschaftliche / Soziale Massnahmen Corona-Krise» (gebildet 2020) per 1. Januar 2023 wird mit 48 : 4 Stimmen zugestimmt.

Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich kann Ihnen sagen, wie es jetzt finanziell aussieht. Wir gingen von einem Minus von 14'869'600 Franken aus. Wir haben diverse Dinge geändert. Das war die Erhöhung für die Kaffeepause um 10'000 Franken, dann die Streichung der Stelle 2292, das waren minus 61'000 Franken, Streichung der ÖV-Kampagne minus 90'000 Franken, das Einstellen der Ausschüttung SSA, da haben Sie einer Wiedereinstellung von 3.5 Mio. Franken zugestimmt und Planung Projektierungstreifen haben wir 300'000 Franken in der Erfolgsrechnung gestrichen. Jetzt sind wir auf einem Nettoergebnis neu,

Budget 2023 von minus 10'928'600 Franken. Wenn wir noch die Erfolgsrechnung anschauen, sind wir gleichgeblieben; das haben Sie auch so abgestimmt. Wir haben neue Verpflichtungskredite für gebundene und neue Ausgaben in der Höhe von 25'158'100 Franken. Die Investitionsrechnung hat sich um 2.8 Mio. Franken wegen dem IPR0211 – das ist das BBZ-Charlottenfels – erhöht, um plus 2.8 Mio. Franken, sodass die Investitionsrechnung nun 31'246'200 Franken beträgt.

Schlussabstimmung

Das Budget 2023 wird mit 41 : 11 Stimmen genehmigt.

Schluss der Sitzung: 21:13 Uhr

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6
Aellig	Pentti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Alaye	Mayowa	GLP-EVP	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Böhni	Ulrich	GLP-EVP	GLP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Brenn	Franziska	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Bringolf	Lukas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Brüngger	Severin	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
Bucher	Tim	GLP-EVP	GLP	V/A/N	Enth	Enth	Ja	V/A/N	V/A/N
Capaul	Urs	GRÜNE-Junge Grüne	parteilos	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
De Ventura	Linda	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Derksen	Theresia	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Di Ronco	Christian	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
Eichenberger	Iren	GRÜNE-Junge Grüne	GRÜNE	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Elaiyathamby	Sahana	SP	SP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Senioren	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Faccani	Diego	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Fioretti	Mariano	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Flubacher Ruedlinger	Melanie	SP	SP	V/A/N	Nein	Ja	Ja	V/A/N	V/A/N
Freivogel	Matthias	SP	SP	Enth	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Gruhler Heinzer	Irene	SP	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Hedinger	Beat	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Heydecker	Christian	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Hoiz	Walter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Isiker	Arnold	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Knapp	Hannes	SP	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Lacher	Stefan	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Laich	Lorenz	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	V/A/N
Looser	Gianluca	GRÜNE-Junge Grüne	Junge Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Meyer	Daniel	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Montanari	Marcel	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Müller	Roland	GRÜNE-Junge Grüne	GRÜNE	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Andrea	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Müller	Bruno	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Mundt	Michael	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Neukomm	Peter	SP	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Neumann	Eva	SP	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Passafaro	Marco	SP	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Pfalzgraf	Maurus	GRÜNE-Junge Grüne	Junge Grüne	V/A/N	Nein	V/A/N	Ja	Ja	Ja
Portmann	Patrick	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6
Rohner	Raphaël	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
Salathé	Regula	GLP-EVP	EVP	Ja	V/A/N	Nein	Ja	Enth	Ja
Scheck	Peter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Schlatter	Martin	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Schmidig	Rainer	GLP-EVP	EVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Enth	Ja
Schmidt	René	GLP-EVP	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Schnetzler	Andreas	SVP-EDU	EDU	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Schraff	Jannik	GLP-EVP	GLP	Ja	Enth	Enth	Ja	Enth	Ja
Schudel	Erich	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Stamm	Erhard	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Sutter	Erwin	SVP-EDU	EDU	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Tektas	Nihat	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Ullmann	Corinne	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Werner	Peter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Widberger	Marianne	GRÜNE-Junge Grüne	parteilos	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Würms	Josef	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Zubler	Kurt	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
			Ja	40	34	22	30	21	28
			Nein	13	20	32	27	31	26
			Enthaltung	1	2	2	0	3	0
			V / A / N	6	4	4	3	5	6
			Total	60	60	60	60	60	60
			Vakanz, Abwesenheit, Nicht-Teilnahme						

Nr.	Sämtliche Abstimmungen beziehen sich auf das Budget 2023	Betreff	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 1	IPR0206, Instandsetzungsinvestitionen (S. 94, Finanzplan) Urs Capaul beantragt die Streichung in der Höhe von 250'000 Franken	Antrag Urs Capaul	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	40 13 1 6 60
Abstimmung 2	Debatte Steuerfuss (insgesamt 4 verschiedene Anträge) SVP-EDU-Fraktion (D. Preisig) beantragt, den Steuerfuss auf 89% (Vorjahr: 94%) festzulegen SP-Fraktion (M. Freivogel) beantragt das Beibehalten des Steuerfusses von 94% (Vorjahr: 94%)	Antrag SVP-EDU vs. Antrag SP	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	34 20 2 4 60
Abstimmung 3	Regierungsrat beantragt, den Steuerfuss auf 92% (90%) festzulegen (Vorjahr: 94%) SVP-EDU-Fraktion (D. Preisig) beantragt, den Steuerfuss auf 89% (Vorjahr: 94%) festzulegen	Antrag Regierungsrat vs. Antrag SVP-EDU	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	22 32 2 4 60
Abstimmung 4	GPK beantragt, den Steuerfuss auf 91% (Vorjahr: 94%) festzulegen SVP-EDU-Fraktion (D. Preisig) beantragt, den Steuerfuss auf 89% (Vorjahr: 94%) festzulegen	Antrag GPK vs. Antrag SVP-EDU	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	30 27 0 3 60
Abstimmung 5	Debatte Lohnmassnahmen (insgesamt 3 verschiedene Anträge) Patrick Portmann beantragt die Entwicklung der Lohnsumme im Budget 2023 von 4.0% Andreas Schnetzler beantragt die Entwicklung der Lohnsumme im Budget 2023 von 3.0%	Antrag Patrick Portmann vs. Andreas Schnetzler	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	21 31 3 5 60
Abstimmung 6	GPK beantragt die Entwicklung der Lohnsumme im Budget 2023 von 3.75% Andreas Schnetzler beantragt die Entwicklung der Lohnsumme im Budget 2023 von 3.0%	Antrag GPK vs. Andreas Schnetzler	Ja Nein Enth V/A/N Total Ja bedeutet Nein bedeutet	28 26 0 6 60

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6	Abst. 7	Abst. 8	Abst. 9	Abst. 10	Abst. 11
Aellig	Pennti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enth	Ja	Nein
Alaye	Mayowa	GLP-EVP	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Böhni	Ulrich	GLP-EVP	GLP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Brenn	Franziska	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Bringolf	Lukas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Brüngger	Severin	FDP-Die Mitte	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Bucher	Tim	GLP-EVP	GLP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Capaul	Urs	GRÜNE-Junge Grüne	parteilos	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
De Ventura	Linda	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Derksen	Theresia	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Di Ronco	Christian	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Eichenberger	Iren	GRÜNE-Junge Grüne	GRÜNE	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Elaiyathambay	Sahana	SP	SP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Seniorer	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
Faccani	Diego	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Fioretti	Mariano	SVP-EDU	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Flubacher Ruedlinger	Melanie	SP	SP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Freivogel	Matthias	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth	Enth
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Gruhler Heinzer	Irene	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hedinger	Beat	FDP-Die Mitte	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Heydecker	Christian	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	V/A/N	Ja	Ja	Ja
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Enth	Ja	Ja
Holz	Walter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	V/A/N	Nein
Isliker	Arnold	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
Knapp	Hannes	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Lacher	Stefan	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth
Laich	Lorenz	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Looser	Gianluca	GRÜNE-Junge Grüne	Junge Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Meyer	Daniel	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Montanari	Marcel	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Roland	GRÜNE-Junge Grüne	GRÜNE	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Müller	Andrea	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Bruno	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Mundt	Michael	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Neukomm	Peter	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Neumann	Eva	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Passafaro	Marco	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Pfalzgraf	Maurus	GRÜNE-Junge Grüne	Junge Grüne	V/A/N	Ja	Ja	Ja	V/A/N	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth	V/A/N
Portmann	Patrick	SP	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enth	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja

Nr. **Sämtliche Abstimmungen beziehen sich auf das Budget 2023**

Abstimmung 1

Rebsteuer
GPK beantragt 0 Franken pro Are
Kurt Zubler beantragt 1 Franken pro Are

Betreff	Abstimmung	Stimmen	
Antrag GPK vs. Antrag Kurt Zubler	Ja	30	
	Nein	24	
	Enth	0	
	V/A/N	6	
	Total	60	
	Ja bedeutet	Zustimmung	Antrag GPK/RR
	Nein bedeutet	Zustimmung	Antrag Kurt Zubler

Abstimmung 2

Verpflichtungskredite
25'158'100 Franken zulasten Erfolgsrechnung
31'246'200 Franken zulasten Investitionsrechnung

Zustimmung Verpflichtungskredite	Ja	53
	Nein	2
	Enth	0
	V/A/N	5
	Total	60

Abstimmung 3

Kreditabschluss
Aufwertung Klettgauerstrasse/RhyTech-Areal

Zustimmung Kreditabschluss	Ja	53
	Nein	1
	Enth	1
	V/A/N	5
	Total	60

Abstimmung 4

Kreditabschluss
Umgestaltung Knoten Kesslerloch H15 und A4 Thayngen

Zustimmung Kreditabschluss	Ja	54
	Nein	0
	Enth	1
	V/A/N	5
	Total	60

Abstimmung 5

Kreditabschluss
Kauf der Liegenschaft Schweizerstrasse 64 in Schaffhausen

Zustimmung Kreditabschluss	Ja	51
	Nein	0
	Enth	2
	V/A/N	7
	Total	60

Abstimmung 6

Kreditabschluss
Ausgaben zum Wasserwirtschaftsplan

Zustimmung Kreditabschluss	Ja	38
	Nein	17
	Enth	0
	V/A/N	5
	Total	60

Abstimmung 7

Globalkredit für die Spitäler Schaffhausen in der Höhe von 68'594'000 Franken

Bewilligung Globalkredit Spitäler Schaffhausen	Ja	55
	Nein	0
	Enth	0
	V/A/N	5
	Total	60

Abstimmung 8

Beiträge des **Energiförderprogramms** in der Höhe von 11'000'000 Franken

Bewilligung Beiträge Energiförderprogramm	Ja	39
	Nein	11
	Enth	4
	V/A/N	6
	Total	60

Abstimmung 9

Genehmigung Budgets 2023
Spezialverwaltungen (KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds und Bauernkreditkasse)

Genehmigung Budgets 2023 Spezialverwaltungen	Ja	51
	Nein	1
	Enth	3
	V/A/N	5
	Total	60

Nr.
Abstimmung 10

Sämtliche Abstimmungen beziehen sich auf das Budget 2023

Auflösung der finanzpolitischen Reserve Grossprojekt «Wirtschaftliche / Soziale Massnahmen Corona-Krise» (gebildet 2020) per 1. Januar 2023

Betreff
Auflösung
finanzpolitische Reserve

Abstimmung		Stimmen
Ja		48
Nein		4
Enth	Enthaltung	2
V/A/N		6
Total		60

Abstimmung 11

Genehmigung Budget 2023

Schlussabstimmung

Abstimmung		Stimmen
Ja		41
Nein		11
Enth	Enthaltung	2
V/A/N		6
Total		60

1084

P. P. **A**
8200 Schaffhausen